



Orientierungsrahmen

Rehabilitation in der Auslandsarbeit

Serviceblatt

▶▶SERVICE	Checklisten
16	Leitfragen für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedürfnissen (Frauen, Kinder und Jugendliche, demobilisierte Kombattant-/innen, insbesondere Kindersoldaten, rückkehrende Flüchtlinge, Behinderte, Minderheiten, ältere Menschen)
25	Leitfragen für die Konzeption eines Rehabilitationsvorhabens
25	Projektplanung
25	Auswahl und Partizipation der Zielgruppen
26	Maßnahmenbereiche
27	Fachpersonal
27	Prüfung von Nachhaltigkeit
27	Wirkungsanalyse
28	(Ko)Finanzierungen
28	Kooperationen / Koordination
32	Sphere-Standards
34	Leitfragen für HIV&AIDS und Rehabilitation
36	Leitfragen für Gender und Rehabilitation (Allgemeine Fragen, spezifische Fragen zur Situation der Frauen, Fragen zum Personaleinsatz)
37	Leitfragen für Konfliktsensibilität und Rehabilitation (Verbindende und trennende Faktoren, Verteilungs-, Markt-, Subventions- und Missbrauchseffekte, Aufrechterhaltung von Gewalt, unbeabsichtigte Wirkungen des eigenen Verhaltens [implizite ethische Botschaften], Publizität)
40	Leitfragen für eine Risikoanalyse für das Katastrophenrisikomanagement

▶▶SERVICE	Praxis
12	LRRD in der Praxis Die Integration von Rückkehrern aus der Elfenbeinküste im Heimatland Mali
20	Projektbeispiele Liberia, D. R. Kongo, Nicaragua, Tadschikistan
22	Projektbeispiele Äthiopien, D. R. Kongo
23	Projektbeispiel Tadschikistan
23	Projektbeispiel Norduganda
24	Projektbeispiel Kolumbien
29	Projektbeispiel Kaschmir

Das Ziel von Rehabilitation ist die Behebung von Schäden, die durch externe Einflüsse meist katastrophaler Wirkung entstanden sind. Dazu zählen extreme Naturereignisse wie Dürren, Überschwemmungen oder Erdbeben – aber auch gewaltsam ausgetragene Konflikte.

Im Sektorportfolio der Deutschen Welthungerhilfe ist Rehabilitation ein wichtiger Bestandteil. Seit den 90er Jahren engagiert sich die Deutsche Welthungerhilfe vermehrt in Ländern und Regionen, die entweder Opfer einer Naturkatastrophe oder Schauplatz gewaltsam ausgetragener Konflikte geworden sind. Durch die längerfristig angelegte Präsenz vor Ort – sei es durch eigene Strukturen oder durch Partnerorganisationen – ist die Deutsche Welthungerhilfe in der Lage, einerseits auf Krisen und Katastrophen schnell und in geeigneter Weise zu reagieren, und andererseits auch den betroffenen Menschen je nach Bedarf und Möglichkeit eine längerfristige Perspektive in der Entwicklungszusammenarbeit zu bieten.

Rehabilitation wird häufig als eine Phase zwischen der Nothilfe und der Entwicklungszusammenarbeit dargestellt. Nach dem Konzept »Linking Relief, Rehabilitation and Development« gehen Nothilfe, Rehabilitation und Entwicklungszusammenarbeit fließend ineinander über und sollen enger verzahnt werden. Für die Arbeit auf dem Gebiet der Rehabilitation und des Wiederaufbaus bedeutet dieses, dass Maßnahmen der Rehabilitation – wo immer möglich – mit der Perspektive auf ganzheitliche und integrierte Entwicklung geplant und durchgeführt werden sollen.

Katastrophen haben in den betroffenen Regionen vielfältige Auswirkungen: auf die Bevölkerung und die Wirtschaft, auf die politischen Systeme, die gesellschaftlichen Strukturen und auf die Umwelt. Rehabilitationsmaßnahmen sind deshalb komplex und vielschichtig und erfordern eine umsichtige und sensible Projektplanung, die oft im Widerspruch zu dem bestehenden Zeit- und Handlungsdruck steht. Zudem sind die Qualitätsanforderungen an die Planung, die Durchführung und das Monitoring der Projekte und Programme insgesamt gestiegen. Daher wird es umso wichtiger, dass Prinzipien und Standards berücksichtigt und die Erfahrungen der Deutschen Welthungerhilfe aufbereitet werden. Checklisten und Leitfragen sind eine wichtige Unterstützung, damit die Vorhaben trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bedarfsgerecht sind und den Realitäten vor Ort entsprechen.

Der »Orientierungsrahmen Rehabilitation« stellt in erster Linie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unseren Gremien, unseren externen Fachkräften und unseren Partnerorganisationen in den jeweiligen Ländern ein praktisches Handwerkszeug zur Verfügung. Er richtet sich aber auch an international tätige Akteure, die damit über die Positionierung und die Inhalte der Arbeit der Deutschen Welthungerhilfe auf diesem Gebiet informiert werden.

Manfred Hochwald

Bereichsleiter Programme und Projekte

Verzeichnis der Abkürzungen	4
1 Rahmenbedingungen und Kernprobleme	5
1.1 Die Situation nach einer Naturkatastrophe	5
1.2 Die Situation nach einem bewaffneten Konflikt	7
2 Begriffsklärung und Einordnung in den Gesamtbereich der Entwicklungszusammenarbeit	9
2.1 Begrifflichkeiten	9
2.2 Das Kontinuum- und Kontiguum-Konzept	10
2.3 Einordnung und Abgrenzung von Rehabilitation	13
3 Charakteristika der Akteure	15
3.1 Betroffene Bevölkerung	15
3.2 Organisationen für Rehabilitation	18
3.3 Kooperation und Koordination	19
4 Die Arbeit der Deutschen Welthungerhilfe im Bereich Rehabilitation	21
4.1 Der Stellenwert des Arbeitsbereichs Rehabilitation	21
4.2 Schwerpunkte im Arbeitsbereich Rehabilitation	22
4.3 Aufbau von Selbsthilfestrukturen	29
5 Die Durchführung von Programmen und Projekten im Bereich Rehabilitation ..	30
5.1 Prinzipien und Qualitätsstandards	30
5.2 Querschnittsthemen	33
5.3 Instrumente	41
5.4 Finanzierungsmöglichkeiten	43
6 Herausforderungen für die zukünftige Projektarbeit	44
7 Anhang	45
7.1 Hinweis zu relevanten Methoden	45
7.2 Literaturhinweise	45
7.3 Bisher erschienene Arbeitspapiere	46
Die Deutsche Welthungerhilfe	48
Impressum	48

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
BAIF	Bharatiya Agro Industries Foundation
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CfW	Cash for Work
DIPECHO	Disaster Preparedness (ECHO)
DWHH	Deutsche Welthungerhilfe
ECHO	European Commission Humanitarian Aid Office
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FfW	Food for Work
IDP	Internally Displaced Person
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
M&E	Monitoring und Evaluierung
NRO	Nichtregierungsorganisation
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OFDA	Office of U.S. Foreign Disaster Assistance
PKO	Peace Keeping Operation
PKF	Peace Keeping Force
PTSD	Post Traumatic Stress Disorder
QUIP	Quick Impact Project
Triple R	Reconstruction, Rehabilitation and Reintegration
UN	Vereinte Nationen
UNDP	United Nations Development Program
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
USAID	United States Agency for International Development
WEP	Welternährungsprogramm

Rahmenbedingungen und Kernprobleme

Das Tätigkeitsfeld Rehabilitation ist durch die außergewöhnlichen Rahmenbedingungen, unter denen diese Maßnahmen konzipiert, geplant und durchgeführt werden, geprägt: Es handelt sich »letztlich um einen Spezialfall von allgemeiner Entwicklungsproblematik unter extrem schwierigen Bedingungen« (Matthies 1995, S. 35).

Das Ziel von Rehabilitation ist die Behebung von Schäden, die durch Katastrophen entstanden sind. Dies können extreme Naturereignisse wie Dürren, Überschwemmungen und Erdbeben sein oder mit Waffen ausgetragene Konflikte. Die schweren Hungersnöte in den siebziger Jahren in Afrika lösten eine heftige Debatte um die bis dahin nicht hinterfragte Unterscheidung zwischen klimatischen Ursachen und durch menschliches Wirken hervorgerufenen Katastrophen aus. Dies führte zu der Einsicht, dass Maßnahmen zum Katastrophenrisikomanagement und damit zum Aufbau von Frühwarnsystemen notwendig sind.

Bis in die neunziger Jahre befasste sich die humanitäre bzw. Nothilfe fast ausschließlich mit der Überwindung von Naturkatastrophen. Die Behebung der durch bewaffnete Konflikte verursachten Schäden war weniger im Blick von humanitären und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Zudem wuchs die Erkenntnis, dass Rehabilitationsmaßnahmen nach bewaffneten Konflikten nicht nur eine wichtige humanitäre Aufgabe darstellen, sondern auch einen Beitrag zur Prävention künftiger Krisen leisten können. Immer deutlicher trat der Zusammenhang zwischen Katastrophen und ungelösten Entwicklungsproblemen zutage und damit die Notwendigkeit, Nothilfe, Rehabilitation und EZ optimal aufeinander abzustimmen.

Das Beispiel Äthiopien zeigt, dass eine Situation über Jahre gleichzeitig von Naturkatastrophen unterschiedlicher Intensität und bewaffneten Konflikten geprägt sein kann. Auch das Beispiel Simbabwe belegt, dass politische Krisen und klimabedingte Ernteausfälle sich überlappen, wechselseitig verstärken und dadurch zu anhaltenden akuten Notsituationen führen können. Daher ist es notwendig, für die Rehabilitation der entstandenen Schäden ein Konzept zu entwickeln, das bereits ein Ausstiegsszenarium beinhaltet, um zu verhindern, dass sich Notsituationen fortsetzen oder wiederholen.

1.1 Die Situation nach einer Naturkatastrophe

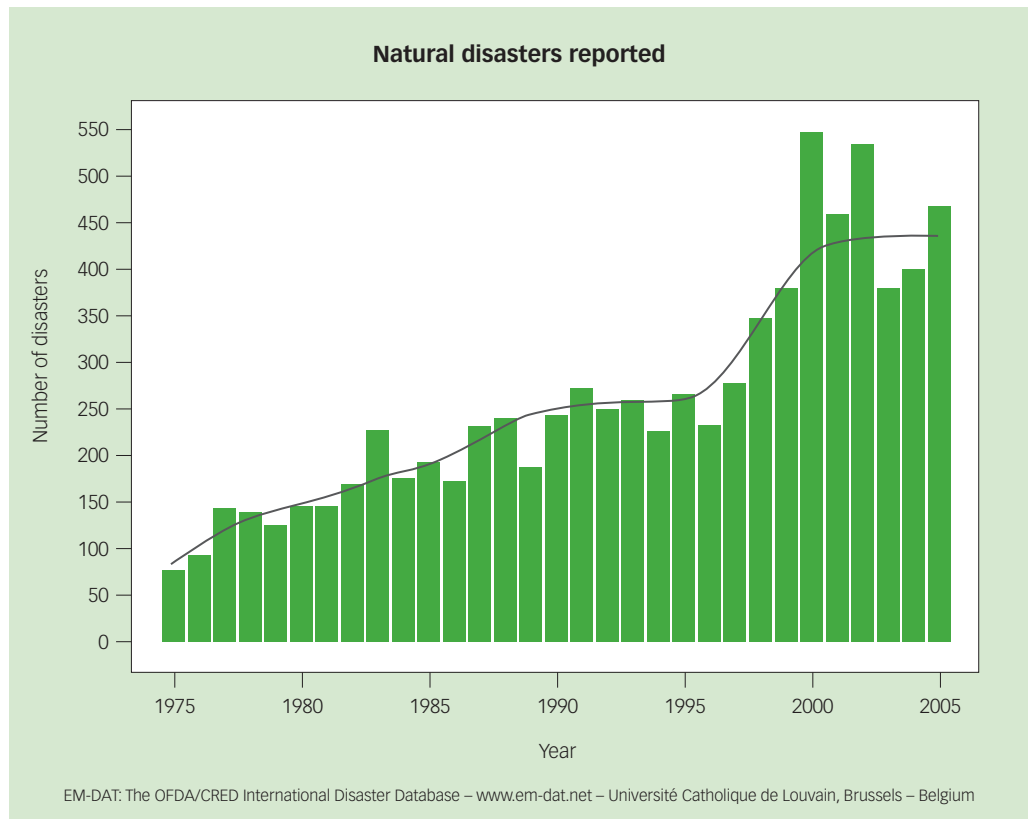
Gegen Ende des 20. Jahrhunderts haben Naturkatastrophen, von deren Folgen sämtliche Bereiche der Gesellschaft betroffen sind, deutlich zugenommen (vgl. Abb. 1).

Die **Menschen**, die im Katastrophengebiet leben, sind je nach ihrer persönlichen Lebenssituation mehr oder weniger stark von der Katastrophe betroffen. Besonders die Armen sind verwundbar. Sie leben meist an Plätzen, die extremen Naturereignissen wie Überschwemmungen und Vulkanausbrüchen am meisten ausgesetzt sind. Wenn eine Naturkatastrophe eintritt, ist damit oft nicht nur der Verlust des Heims und der wirtschaftlichen Existenz verbunden, sondern im schlimmsten Fall auch das Leben in Gefahr. Die erlebten traumatischen Erfahrungen prägen die Betroffenen noch lange nach der Katastrophe. Deshalb sollten bei Vorhaben der Rehabilitation psychosoziale Aspekte mit berücksichtigt werden.

Das **politische System** bleibt von einer Naturkatastrophe in der Regel weitgehend unberührt. Es existieren Gesetze, Zuständigkeiten und Prioritäten der nationalen Regierung, die den Rahmen für ausländische Interventionen abstecken. Für die Hilfsorganisationen bedeutet dies, dass sie mit den meist bekanntesten und erfahrenen Partnerstrukturen arbeiten können, die als lokale Träger die Hilfsmaßnahmen mit planen und implementieren bzw. durch geeignete Unterstützung dazu befähigt werden.

Abbildung 1:

Entwicklung der Zahl der gemeldeten Naturkatastrophen seit 1975



Die **Wirtschaft** wird je nach Ausmaß der Katastrophe in Mitleidenschaft gezogen: Produktionsanlagen werden zerstört, Transport- und Kommunikationsverbindungen unterbrochen, die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Primärprodukten wird eingeschränkt, Ernten, Vorräte und Viehbestände werden vernichtet oder sind von schwerwiegenden Verlusten betroffen. Trotz teilweise erheblicher materieller Schäden und Produktionsausfälle bleibt das wirtschaftliche System als Rahmen und Struktur weitgehend intakt. Das ist besonders bei der Beschaffung und Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Hilfsgütern von großem Vorteil.

Die **gesellschaftlichen Strukturen** bleiben bei Naturkatastrophen größtenteils intakt und die erlittenen Schäden sind meist zeitlich begrenzt. Sofern es nicht zu Umsiedlungen größerer Bevölkerungsgruppen, etwa nach einem Vulkanausbruch, oder zu massiven Fluchtbewegungen zum Beispiel bei anhaltenden Hungersnöten durch Dürre kommt, können gewachsene Gemeindestrukturen das gesellschaftliche Leben bald wieder formen und den betroffenen Menschen Halt geben. Allerdings führen Naturkatastrophen oft zur Verschärfung von sozialen Unterschieden und zu einer weiteren gesellschaftlichen Polarisierung, da die ärmeren Bevölkerungsgruppen überproportional geschädigt werden. Sie sind weder in der Lage, Vorsorgemaßnahmen gegen eventuelle Verluste zu treffen, noch verfügen sie über die Mittel, berechnete Ansprüche gegenüber den Interessen der besser gestellten Schichten durchzusetzen.

Naturkatastrophen haben oft irreparable Folgen für die **Umwelt**, wie Erosion und Desertifikation. Dürren und Hochwasser, aber auch Waldbrände und Vulkanausbrüche zerstören nachhaltig das Gleichgewicht eines natürlichen Lebensraumes. Es bedarf mehrerer Jahre bzw. Jahrzehnte, bis die betroffene Gegend wieder bewohnbar wird, die Felder wieder bestellt werden können, Aufforstungsmaßnahmen greifen und ein neues ökologisches Gleichgewicht entsteht. Zahlreiche Naturereignisse, vor allem Dürren und Hochwasser, sind auf durch Menschen verursachte Umweltzerstörung zurückzuführen. Deshalb sollte Rehabilitation auch dem Katastrophenrisikomanagement verpflichtet sein.

1.2 Die Situation nach einem bewaffneten Konflikt

Keine Nachkriegssituation gleicht der anderen. Die Situation nach einem landesweiten Bürgerkrieg ohne klare Sieger und Verlierer ist nicht mit der zu vergleichen, die gleichzeitig den Zusammenbruch des Staates bedeutet, wie in Somalia Anfang der 90er Jahre. Immer häufiger ist zu beobachten, dass eine gewaltsame Auseinandersetzung zwar offiziell beendet wurde, aber der Konflikt mit verschiedenen, oft auch wechselnden Akteuren und Allianzen, weiter schwelt und den Staat zerstört. Dies begünstigt eine Kriegsökonomie, von der meist alle Krieg führenden Parteien profitieren.

Seit Anfang der 80er Jahre haben vor allem die innerstaatlichen gewaltsamen Konflikte deutlich zugenommen (vgl. Abb. 2). Obwohl sich die Nachkriegssituationen stark unterscheiden, weisen sie auch zahlreiche Gemeinsamkeiten auf.

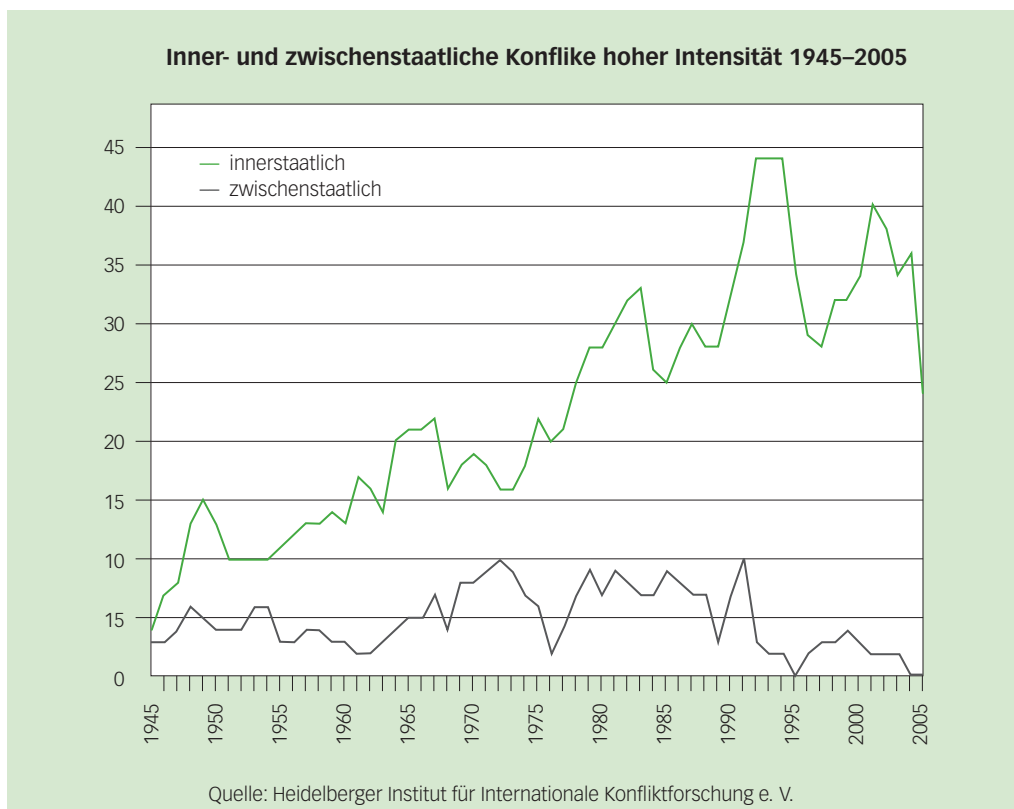


Abbildung 2:
Entwicklung der Anzahl
der Konflikte seit 1945

Alle in Krisengebieten lebenden **Bevölkerungsgruppen** sind vom Krieg gezeichnet. Sie haben ihren oft bescheidenen Besitz, Familienangehörige und häufig auch ihre Gesundheit verloren und viele leiden an sogenannten Post-Traumatischen Belastungsstörungen (PTSD – post traumatic stress disorder). Die Erinnerungen an extreme Gewalterfahrungen quälen die Menschen noch lange nach dem Ende des Krieges.

Die Zerstörung des **politischen Systems** durch Kriege reicht von Ansehensverlust über Zerstörung bis zur völligen Auflösung und funktioniert auf lokaler Ebene oft nur noch in Fragmenten. Die nationale Regierung hat keine Kontrolle mehr über das Staatsgebiet. Ihr Aktionsradius ist auf die großen Städte, manchmal nur auf die Hauptstadt, beschränkt, während »warlords« den Rest des Landes beherrschen.

Auch nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrags ist das politische Leben in der Regel noch hochgradig polarisiert. Keine politische Gruppierung kann sich auf eine breite und gut abgesicherte politische Basis stützen. Das hat zur Folge, dass vor allem Koalitionsregierungen aus Vertretern verschiedener Konfliktparteien einschneidende Entscheidungen und Reformen vermeiden. In neuen

Staaten kommen oft unerfahrene und schlecht ausgebildete Politiker an die Macht. Diese Regierungen neigen zu extremer Zentralisierung der Macht und zur Maximierung der staatlichen Kontrolle über den Wiederaufbau.

Durch den Zusammenbruch der staatlichen Regelsysteme wie Gerichtsbarkeit, Polizei und Verwaltung werden traditionelle Autoritäten, die gerne von den neuen Machthabern instrumentalisiert werden, wieder belebt und gestärkt. Die permanente Missachtung der Rechtsordnung lässt rechtsfreie Räume entstehen, die nach Kriegsende häufig fortwirken. Besonders gravierend wirkt sich die in Kriegszeiten zu beobachtende Brutalisierung von Armee und Polizei aus. Noch nicht demobilisierte Kombattanten/-innen und marodierende Banden drangsalieren die Bevölkerung und behindern die Arbeit der noch fragilen Regierung und der Hilfsorganisationen.

Jede gewaltsame Auseinandersetzung schädigt die **Wirtschaft**: Produktionsanlagen und Verkehrswege sind zerstört; Felder vermint, die Viehbestände dezimiert, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung zusammengebrochen; Absatzmärkte gehen verloren. Der Übergang von einer Kriegsökonomie zu einer Friedenswirtschaft ist schwierig. Während des Krieges sind einerseits wirtschaftliche Aktivitäten zum Erliegen gekommen, andererseits sind in der Not neue Wirtschaftszweige entstanden, die nun schwer zu unterbinden sind: Mohnanbau, Opiumproduktion, Prostitution und illegaler Verkauf von Edelsteinen haben nicht nur die Kriegskassen gefüllt, sondern auch die Menschen ernährt. Einflussreiche Akteure wie Militärs und Unternehmer, die von dieser Kriegsökonomie profitiert haben, widersetzen sich oft erfolgreich den Bemühungen zur dauerhaften Konfliktlösung.

Der Staatshaushalt von Ländern, die Krieg geführt haben, ist in den meisten Fällen desolat. Die Regierung hat sich häufig verschuldet und die angehäuften Kriegsschulden behindern den Wiederaufbau selbst von potenziell reichen Ländern wie Angola. Auf Grund der wirtschaftlichen Verluste ist das Steueraufkommen minimal, die Handelsbilanz negativ, die Inflation hoch und die bereits in Friedenszeiten spärlichen Exportmärkte sind verloren gegangen.

Gewaltsam ausgetragene Konflikte zerstören die **gesellschaftlichen Strukturen**. Das so genannte Sozialkapital, das aus Vertrauen, Normen und verschiedenen Netzwerken besteht, wird beschädigt, teilweise oder vollkommen zerstört. Davon sind auch die auf Gegenseitigkeit basierenden sozioökonomischen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft betroffen, die in den Entwicklungsländern die fehlenden Sozialversicherungssysteme ersetzen und vor allem in Krisenzeiten das Überleben sichern. Die wirtschaftlichen Schäden und die zunehmende Gewalt im zwischenmenschlichen Bereich beschleunigen den gesellschaftlichen Zerfall.

Die Flucht vor Krieg und Hunger hat für die betroffenen Menschen und ihre Heimatländer schwerwiegende und lang anhaltende Folgen. Die Flüchtlinge verlieren die zur Lebenssicherung notwendigen Kenntnisse, da sie nur selten Gelegenheit haben, ihre beruflichen Fähigkeiten einzusetzen. Vor allem besser ausgebildete Menschen verlassen die Flüchtlingslager und bauen sich im Gastland eine neue Existenz auf und geben diese auch nach dem Kriegsende in ihrem Herkunftsland nur zögerlich wieder auf. Die Schulbildung der Kinder in den Flüchtlingslagern lässt meistens zu wünschen übrig, desgleichen die Gesundheitsversorgung.

Bewaffnete Konflikte verursachen schwere **Umweltschäden**. Die Verlegung von Minen macht das Land auf lange Zeit unbrauchbar, Panzer verdichten die Böden oder wühlen das Gelände auf. Wälder werden abgeholzt, um Schützengräben zu bauen, oder abgebrannt, um Tarnungsmöglichkeiten zu eliminieren. Felder bleiben unbenutzt und versteppen. Der kärgliche Wildbestand wird zur Versorgung der Truppen dezimiert oder durch die kriegerischen Handlungen vertrieben.

Die Umgebung von Flüchtlingslagern und Wehrdörfern leidet unter der Bevölkerungskonzentration: Entwaldung, exzessiver Feldbau, Überweidung und Holzeinschlag führen zu Bodenerosion und zum Absinken des Grundwasserspiegels. Die Beseitigung von Abfällen, einschließlich menschlicher Exkremente, belastet die Umwelt. Nach der Rückkehr der Flüchtlinge und der Auflösung der Wehrdörfer können die Flächen erst nach umfangreichen Sanierungsmaßnahmen wieder land- oder viehwirtschaftlich genutzt werden.

2.1 Begrifflichkeiten

Humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe ist kurzfristige Sofort- und Überlebenshilfe für Opfer von Naturkatastrophen oder gewaltsamen Konflikten. Im Vordergrund steht die unmittelbare Linderung des Leidens. Im Gegensatz zur längerfristigen EZ ist die humanitäre Hilfe den Prinzipien der Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität verpflichtet. Sie vermeidet jede Begünstigung einer Gruppe und bemüht sich nicht darum, Konflikte beizulegen bzw. deren Ursachen zu beheben. Dies soll bewirken, dass alle Kriegsparteien die Hilfe zulassen, wozu sie nach dem humanitären Völkerrecht verpflichtet sind (Genfer Konvention).

Die globale Bezeichnung humanitäre Hilfe umfasst Begriffe wie Not-, Sofort-, Überlebens- und Katastrophenhilfe. Während die Termini Not- oder Katastrophenhilfe auf die Ursache verweisen, deutet die Bezeichnung Soforthilfe auf den Faktor Zeit und der Begriff Überlebenshilfe auf die Zielsetzung des Maßnahmenbereichs. Alle Begriffe implizieren eine unmittelbare, zeitlich begrenzte und schnell zu organisierende Unterstützung von Menschen in einer akuten Notlage, um deren Überleben zu sichern.

Bei der DWHH wird üblicherweise der Begriff Nothilfe verwendet.

Rehabilitation

Unter Rehabilitation werden Maßnahmen zur Behebung der mannigfaltigen Schäden zusammengefasst, die durch eine Naturkatastrophe oder einen gewaltsam ausgetragenen Konflikt verursacht werden. In der Phase des Wiederaufbaus geht es um die Wiederherstellung der sozialen und politischen Stabilität in den von Krisen oder Katastrophen betroffenen Ländern sowie um die mittelfristige Existenzsicherung der betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Der Begriff »Wiederaufbau« bezieht sich auf die Reparatur der materiellen Schäden, insbesondere der Infrastruktur, während Maßnahmen der »Rehabilitation« der Wiederherstellung der physischen und psychischen Gesundheit der betroffenen Menschen und der Funktionsfähigkeit der Institutionen dienen.

Im Sprachgebrauch der DWHH hat sich für dieses Tätigkeitsfeld der Begriff Rehabilitation durchgesetzt.

Langfristig orientierte Entwicklungszusammenarbeit

Der Begriff der »Entwicklungshilfe« wird seit Jahren in der regierungsamtlichen Terminologie durch den neutraleren Begriff der Entwicklungszusammenarbeit ersetzt, weil er auf Partnerschaft abzielt. Die EZ ist die Kooperation zwischen Geber- und Entwicklungsländern mit dem Ziel, die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Bedingungen der Menschen im Partnerland zu verbessern. Unter EZ werden die finanzielle (günstige Kredite und Zuschüsse), die technische (Beratung, Fortbildung und Arbeitsmaterial für einheimische Organisationen und Fachkräfte) und die personelle Zusammenarbeit (Entsendung von Fachkräften) zusammengefasst. Bei der EZ handelt es sich um zumeist mehrjährige Maßnahmen, die auf nachhaltige Entwicklungsprozesse und die Veränderung von Strukturen ausgerichtet sind und stärker auf die Nutzung einheimischer Mittel setzen.

	Humanitäre Hilfe	Rehabilitation	Entwicklungs- zusammenarbeit
Voraus- setzung	akute Notlage durch Naturkatastrophe oder bewaffneten Konflikt. Humanitäre Prinzipien: ▶ Unparteilichkeit ▶ Unabhängigkeit ▶ Neutralität	verbesserte Rahmen- bedingungen: ▶ Waffenstillstand ▶ Sicherheitslage ▶ politischer Wille zum Wiederaufbau	Günstige entwicklungs- politische Rahmenbedin- gungen: ▶ stabile wirtschaftspoli- tische Verhältnisse ▶ Rechtsstaatlichkeit ▶ Entwicklungsorien- tierung staatlichen Han- delns
Zeitrahmen	Kurzfristig	Mittelfristig	Langfristig
Ziele	▶ Überlebenssicherung ▶ Rettung von Men- schenleben	▶ Wiederherstellung po- litischer und sozialer Stabilität ▶ mittelfristige Existenz- sicherung der Bevölke- rung	▶ nachhaltige Entwick- lungsprozesse ▶ Strukturelle Verände- rungen ▶ Selbsthilfekapazität stärken ▶ langfristige Verbes- serung der Lebens- bedingungen
Maßnah- men	▶ Verteilung von Nah- rungsmitteln, Decken und Zelten ▶ Bereitstellung von Trinkwasser ▶ medizinische Versor- gung ▶ Grundbildung und Schutz	▶ Wiederaufbau der Basis-Infrastruktur ▶ Verteilung von Produk- tionsmitteln (Saatgut, Geräte) ▶ Aufbau institutioneller Strukturen ▶ Repatriierung von Flüchtlingen und Ver- triebenen ▶ Behandlung von Kriegstraumata	▶ Beratung, Fortbildung, Arbeitsmaterial (TZ) ▶ Vergabe von Krediten oder Zuschüssen (FZ) ▶ Entsenden von Fach- kräften (PZ)
Verwandte Begriffe	Nothilfe, Soforthilfe, Katastrophenhilfe, Über- lebenshilfe, Nahrungsmit- telhilfe	Wiederaufbau	Entwicklungshilfe, EZ, entwicklungspolitische Zusammenarbeit

2.2 Das Kontinuum- und Kontiguum-Konzept

Zwischen der Behebung der durch eine Krise verursachten Schäden und Entwicklung besteht ein Zusammenhang. Rehabilitation wird häufig als eine Phase zwischen Nothilfe und EZ dargestellt. Für die Abfolge der Phasen haben UN-Organisationen das so genannte Kontinuum-Konzept entwickelt. Dieses Konzept wurde speziell für Nachkriegssituationen entwickelt und beschreibt die Stadien, die ein Land nach einer Katastrophe durchläuft, als Sequenz: unmittelbar nach Eintreten der Katastrophe wird Nothilfe geleistet; in der Phase der allmählichen Normalisierung erfolgt die Rehabilitation, bis schließlich wieder ein Zustand erreicht ist, der die Wiederaufnahme von EZ-Maßnahmen er-

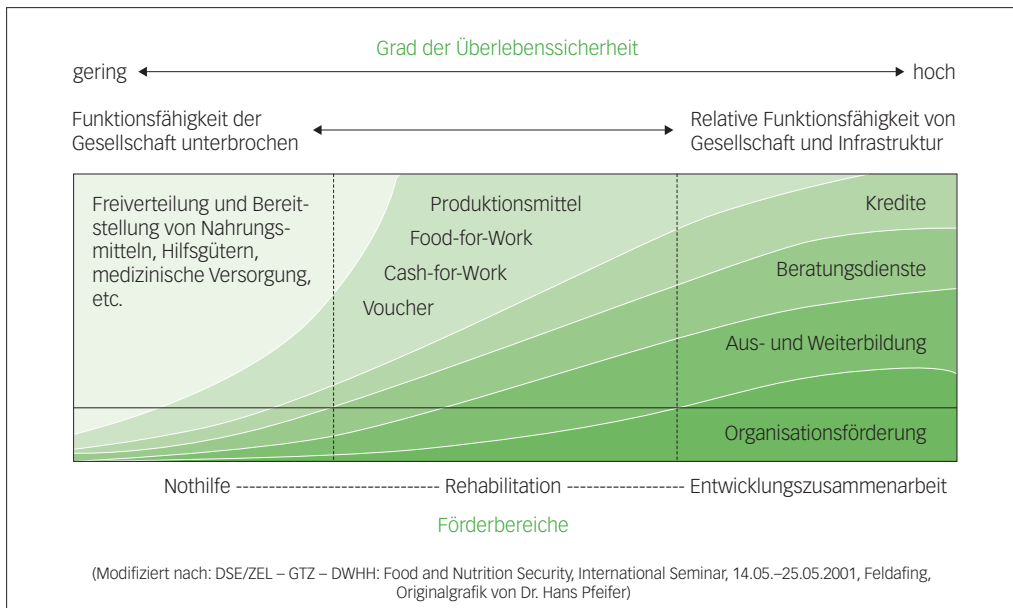


Abbildung 3:
Schematisierte Darstellung des
Kontiguum Gedankens

laubt. Wie in einem Staffellauf betreten und verlassen die für die jeweilige Phase verantwortlichen Akteure das Spielfeld und übergeben die Verantwortung an die für die nächste Phase zuständigen Organisationen. Die Akteure handeln in einem Umfeld, in dem Frieden und Sicherheit oft noch nicht gesichert sind, das Land eventuell großflächig vermint ist und Zerstörungen und Vertreibungen die wirtschaftlichen Aktivitäten auf ein Minimum reduziert haben.

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass das lineare Konzept von Nothilfe über Rehabilitation zur EZ nicht der Realität entspricht. Auch während Naturkatastrophen und Kriegen geht das Leben weiter: die Menschen bestellen so weit wie möglich ihre Felder, treiben Handel, kaufen ein. In der Praxis koexistieren die drei Phasen je nach Zeit, Ort und Zielgruppen mit unterschiedlichen Gewichtigungen. Tatsächlich handelt es sich um ein »Kontiguum« (lat.: »Angrenzung«). Die EU-Kommission fasst diesen Sachverhalt seit Mitte der 90er Jahre unter dem Begriff LRRD (Linking Relief, Rehabilitation and Development) zusammen. Nach diesem Modell gehen Nothilfe, Rehabilitation und EZ fließend ineinander über und sollen enger verzahnt werden (siehe hierzu Arbeitspapier Nr. 17 von Venro: www.venro.org/publikationen/archiv/Arbeitspapier%20Nr.%2017%20LRRD.pdf). Wo immer möglich sollen bereits Projekte im Bereich der Nothilfe zu einer sich selbst tragenden, nachhaltigen Entwicklung beitragen und hierdurch die Anfälligkeit für zukünftige Katastrophen verringern bzw. ihre Folgen mildern. Schon während der Phase der Nothilfe sollten Aspekte der Rehabilitation in den Maßnahmenkatalog integriert und in der Phase der Rehabilitation Komponenten der erst später einsetzenden EZ aufgenommen werden. Wenn alle Projektphasen von einer Organisation durchgeführt werden, ist es einfacher, den LRRD-Anspruch zu erfüllen. Andernfalls sind eine enge Koordination, Zusammenarbeit und Abstimmung mit komplementär arbeitenden Organisationen notwendig, um bei der Übergabe den Wissens- und Erfahrungsverlust gering zu halten.

Die Instrumente sind in allen Phasen dieselben, ihre Gewichtung hängt vom Grad der Überlebenssicherheit ab. Während in der akuten Notsituation das Überleben der Menschen durch freie Verteilungen gesichert werden muss, gewinnen in der Wiederaufbauphase Beratungsdienste und Ansätze wie Kreditvergabe, die auf mittel- bis langfristige Wirkungen ausgelegt sind, an Bedeutung. Diese setzen eine gewisse Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Infrastruktur voraus, damit nach und nach die direkten Ressourcentransfers eingestellt werden können.

In der Praxis erweist es sich als schwierig, diese schlüssigen Einsichten umzusetzen. Das liegt vor allem daran, dass Umfang und Art der Maßnahmen nicht nur vom effektiven Bedarf in der jeweiligen Situation, sondern häufig von strategischen wirtschaftlichen und politischen Interessen der internen

und externen Akteure bestimmt werden. Zudem haben die intervenierenden Hilfsorganisationen in der Regel spezifische Mandate. So ist das Welternährungsprogramm (WEP) für Nahrungsmittelhilfe zuständig. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen hat den Auftrag, sich um Flüchtlinge während ihres Exils im Ausland zu kümmern. In der Praxis wird allerdings nicht immer so streng verfahren und die Abgrenzungen werden durch zunehmende Koordinierung überwunden.

►► PRAXIS

LRRD in der Praxis

Die Integration von Rückkehrern aus der Elfenbeinküste im Heimatland Mali

Die Opfer eines seit Jahren andauernden Konflikts in der Elfenbeinküste waren meist Staatsangehörige aus den ärmeren Nachbarstaaten, die zurück in ihre Heimatländer flüchteten. In Mali beispielsweise wurde die hohe Zahl der zumeist mittellosen Rückkehrer vor allem von Verwandten in den Heimatdörfern aufgenommen. Die ansässige Bevölkerung hatte jedoch nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung, um die Rückkehrer aufnehmen zu können. Daher begann die DWHH gemeinsam mit fünf nationalen NRO ein Programm, das insbesondere die wirtschaftliche Not der Rückkehrer aufgriff und bei dem Nothilfe, Rehabilitation und EZ fließend ineinander übergingen. Die erforderlichen Mittel stellten BMZ/GTZ, DWHH, WEP, FAO und UNICEF bereit.

Im Rahmen der **Nothilfe** erhielten die Frauen und Männer bei ihrer Ankunft in Mali Nahrungsmittelhilfe. Die Rückkehrerfrauen wurden in ihren Heimatdörfern von den bestehenden Frauenvereinigungen aufgenommen. Das Programm hat diesen Prozess mit Food for Work-Maßnahmen unterstützt, die der Ausweitung von Gemüseärten dienen, aber auch der Förderung sonstiger Einkommenschaffender Maßnahmen.

Mit dem Auf- und Ausbau von Schulen war der **Übergang zur Rehabilitation** eingeleitet. Hingegen waren die Finanzierung des Schulbesuchs oder die Bewirtschaftung der Gärten nicht sichergestellt. Um dafür Lösungen zu finden oder weitere wirtschaftliche Aktivitäten der Frauen wie den Verkauf von Stoffen oder Kleinartikeln zu fördern, wurden die Solidaritätskassen der Frauenvereinigungen mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Nun konnten daraus an alle Mitglieder Kleinkredite vergeben werden.

Parallel wurden die Frauen in einem Ausbildungsprogramm in Managementfragen geschult und damit **Maßnahmen der EZ** eingeleitet. Dieses Maßnahmenpaket, zu dem auch die revolvingenden Solidaritätsfonds der Frauengruppen zählen, hat den Rückkehrerinnen den Einstieg in eine selbständige Tätigkeit erleichtert und Wege eröffnet, eigene Einkünfte zu erzielen. Diese erleichterten den Frauen eine schnellere Integration in die Dorfgemeinschaft und auch die Finanzierung des Schulbesuchs ihrer Kinder.

Entscheidend für die erfolgreiche Integration der Rückkehrer waren frühzeitige Überlegungen, welcher Maßnahmenmix diese nachhaltig sicherstellen kann. ◀◀

Eine weitere Schwierigkeit liegt in den oft eng gefassten Bewilligungskriterien der Budgetlinien von Geberorganisationen und der damit einher gehenden Schwierigkeit, Mittel umzuwidmen und flexibel einsetzen zu können.

Das BMZ hat auf Erfahrungen in der Realisation von Rehabilitationsprogrammen reagiert und im Jahr 2005 den Haushaltstitel »Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe« (EON) geschaffen, um den fließenden Übergang von humanitärer Hilfe zur längerfristigen EZ zu ermöglichen. Diese strategische Neuausrichtung setzt sich das doppelte Ziel, sowohl schnelle, effektive Hilfe zu leisten und gleichzeitig eine Grundlage für nachhaltige Entwicklung nach einer Krise zu schaffen. Durch die Brücke zwischen Soforthilfe und längerfristig angelegter EZ soll der vielschichtige innere Zusammenhang zwischen Krisen und Katastrophen einerseits und Entwicklungsprozessen andererseits Berück-

sichtigung finden. In der Praxis sind der Realisierung dieser Ziele Grenzen gesetzt durch nach wie vor hauptsächlich kurzfristige Projektfinanzierungen (in vielen Fällen nur sechs bis zwölf Monate). In wenigen Fällen bewilligt das BMZ aber auch Projekte mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren. Die Projektplanung soll Prinzipien des Do no harm-Ansatzes berücksichtigen.

2.3 Einordnung und Abgrenzung von Rehabilitation

Rehabilitationsmaßnahmen haben einen mittelfristigen Durchführungszeitraum und beinhalten keine tief greifenden Entwicklungskomponenten. Die Maßnahmen können nur bedingt einen Beitrag zum strukturellen Aufbau der Gesellschaft leisten. Die Projektlaufzeiten lassen den Aufbau und die Förderung von Selbsthilfestrukturen nur bedingt zu, da diese Prozesse langfristig angelegt werden müssen. Diese Beschränkungen sind bei der Planung der Interventionen zu bedenken.

Außerdem ist die DWHH wie alle NRO weiteren Begrenzungen unterworfen. Sie kann:

- ▶ widrige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen wenig beeinflussen;
- ▶ einen Bedarf nur kleinflächig decken;
- ▶ fehlende staatliche Akteure oder kaum funktionierende Regierungsdienste nicht ersetzen.

Durch modellhafte Problemlösungen kann die DWHH jedoch dazu beitragen, dass die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt werden.

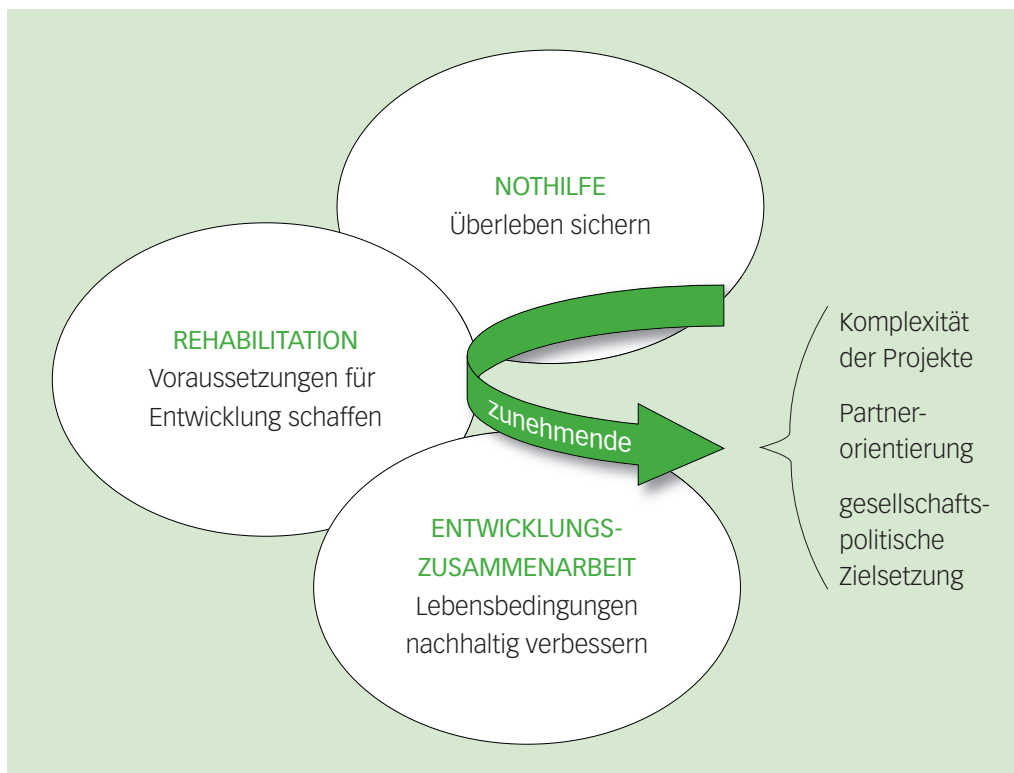


Abbildung 4:
Einordnung des Arbeitsbereichs Rehabilitation

Die Übergänge zwischen Nothilfe und Rehabilitation und zwischen Rehabilitation und EZ sind fließend. Trotzdem erscheint es hilfreich, Kriterien zu entwickeln, um die Übergänge zu bestimmen.

Rehabilitation kann dann beginnen, wenn die von der Katastrophe betroffenen Menschen anfangen, von der reinen Überlebenssicherung zu mittelfristigen Existenzplanungen überzugehen. Folgende Kriterien dienen hierfür als Orientierung:

- ▶ Verbesserung der Sicherheitslage, entweder in Teilregionen oder im ganzen Land (Abnahme von Zwischenfällen, größere Bewegungsfreiheit, Einhaltung eines Waffenstillstands, evtl. Abschluss eines formellen Friedensvertrags);

- ▶ Allmähliche Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen;
- ▶ Stabilisierung der Ernährungslage weiter Teile der Bevölkerung, akute Unterernährung und Anzahl von Hungeropfern nehmen ab;
- ▶ Neuorganisation von Gemeinden, Reaktivierung des Gemeindelebens;
- ▶ Landwirtschaftliche Produktion beginnt auf niedrigem Niveau, Märkte und lokale Handelsnetze beleben sich über ehemalige Frontlinien hinweg;
- ▶ Bedarfserhebungen können durchgeführt und Aktivitäten, die über die unmittelbare Überlebenssicherung hinausgehen, geplant werden.

Die Frage nach dem Zeitpunkt des Übergangs von der Rehabilitation zur EZ ist in der Praxis nicht klar zu beantworten. Nach einer Naturkatastrophe ist die Einschätzung einfacher, denn die Nachkatastrophenzeit kann am Status quo ante gemessen werden. Nach dem Ende gewaltsamer Auseinandersetzungen ist die Frage, wann die Normalität wieder hergestellt ist, schwierig zu beantworten und vor allem in solchen Ländern fragwürdig, in denen der Ausnahmezustand zur Regel geworden ist. Dennoch lassen sich Faktoren identifizieren, die den Übergang von Rehabilitationsmaßnahmen in Programme und Projekte der nachhaltigen Entwicklung begünstigen:

- ▶ zufriedenstellende Sicherheitslage;
- ▶ die Regierung genießt einen gewissen Grad an Legitimität und faktischer Souveränität im größten Teil des Landes;
- ▶ die Grundlagen für ein Rechts- und Sicherheitssystem sind etabliert;
- ▶ nationale Institutionen, Regierungsstellen etc. arbeiten auch auf Provinz- und Distriktebene;
- ▶ kein weitreichender Bedarf an akuter Überlebenshilfe;
- ▶ Erstarben des Sozialkapitals (z. B. Existenz lokaler NRO, umfangreiche religiöse und sportliche Aktivitäten);
- ▶ soziale Mobilisierung der Bevölkerung zur Selbstorganisation und Leistung von freiwilligen Eigenbeiträgen wird wieder möglich;
- ▶ Produktion und Handel wurden wieder aufgenommen;
- ▶ landwirtschaftliche Erträge entsprechen weitgehend den lokalen Potenzialen;
- ▶ die klassischen »Nothilfeakteure« haben ihre Arbeit beendet;
- ▶ mehrjährige Projektphasen können im Voraus geplant werden;
- ▶ mehrjährige Finanzierungsmöglichkeiten sind vorhanden.

In den 70er und 80er Jahren bestand eine weitgehende Arbeitsteilung zwischen **Organisationen** für humanitäre Hilfe und solchen für EZ (zum Beispiel Rotes Kreuz und GTZ). Seit den 90er Jahren haben sich die Grenzen zwischen beiden Bereichen verwischt. Diese Entwicklung beruht auf der Erkenntnis, dass es zwischen den Bereichen keine scharfen Trennungen gibt. Die DWHH, die ein entwicklungsorientiertes Mandat hat, ist seit den 90er Jahren zunehmend auch in der Nothilfe und Rehabilitation tätig.

Der wichtigste Akteur ist die **betroffene Bevölkerung**. Sie ist nicht nur Nutznießer der Hilfsmaßnahmen, die entsprechend ihrer Fähigkeiten als Arbeitskräfte eingesetzt werden, sondern spielt als Akteur ihrer eigenen Entwicklung die zentrale Rolle. Sie macht sich sofort nach dem ersten Regen, nach einer Dürre, dem Sinken des Hochwassers, oder dem Rückzug des Militärs an die Arbeit, um ihre Lebenswelt wieder aufzubauen. Die in vielen Ländern existierenden Selbsthilfestrukturen stellen ein häufig vernachlässigtes Potenzial dar. Die Beteiligung der Betroffenen an der Planung der Maßnahmen ist eine wichtige Voraussetzung für deren Erfolg und Nachhaltigkeit.

3.1 Betroffene Bevölkerung

Zwischen Katastrophen und Verarmung besteht ein direkter Zusammenhang. Damit steigt die Anzahl der besonders verwundbaren Menschen. In akuten Notsituationen richten sich die Hilfsmaßnahmen – vor allem die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Notunterkünften, medizinische und Trinkwasserversorgung – an die am schwersten betroffene Bevölkerung. Das sind Menschen, die im Katastrophengebiet leben und keine ausreichenden Mittel und Fähigkeiten besitzen, die Krise aus eigener Kraft zu überleben und zu bewältigen. Das gleiche gilt für die Versorgung derjenigen, die vor der Katastrophe geflüchtet sind und in Lagern im Land selbst oder in Nachbarländern leben. In der Regel sind das die Ärmere, die nicht auf materielle, finanzielle und soziale Reserven zurückgreifen können. Unter den Armen sind es wiederum bestimmte Gruppen, die nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zur Überwindung der Notsituation zu mobilisieren.

Zielgruppen mit besonderen Bedürfnissen, die so genannten **anfälligen Bevölkerungsgruppen** (»vulnerable groups«) sind allein stehende Frauen, Kinder und Jugendliche, demobilisierte Kombattanten/-innen, rückkehrende Flüchtlinge, Behinderte, ältere Menschen sowie soziale Randgruppen. Für Maßnahmen der Rehabilitation bilden sie eine prioritäre Zielgruppe, die allerdings nicht homogen ist. Je nach Alter, Geschlecht, Beruf, Lebensweise und Standort unterscheiden sich die Bedürfnisse und die Art und Weise, wie diese befriedigt werden können.

Neben der Rehabilitation bestimmter Bevölkerungsgruppen leistet die Förderung spezieller Berufsgruppen einen wichtigen Beitrag: Durch die Ausbildung von Handwerkern im Bauwesen wird indirekt der Bedarf an Unterkünften gedeckt und die Unterstützung von Bauern und Bäuerinnen sowie von Händler/-innen verbessert die Versorgung mit Lebensmitteln. Der Einsatz von Demobilisierten bei Food for Work (FfW) oder Cash for Work (CfW) zur Wiederherstellung der Transportwege oder der sozialen Infrastruktur (Bau von Schulen, Gesundheitsstationen etc.) dient auch der Allgemeinheit.

Maßnahmen der Rehabilitation werden nicht selten unter Zeit- und Handlungsdruck geplant. Dadurch besteht die Gefahr, dass gewisse Bevölkerungsgruppen zugunsten anderer vernachlässigt werden, wodurch ein bereits bestehendes Ungleichgewicht noch verstärkt wird. Deshalb ist es wichtig, von Anfang an auf die Beteiligung aller zu achten und eine präzise Bedarfsanalyse vorzunehmen, die auch die Selbsthilfefähigkeiten der Betroffenen erfasst. Es gehört zu den Aufgaben der Projektvorbereitung, darüber genaue Daten zu erheben.

▶▶CHECKLISTE

Leitfragen für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedürfnissen

Nach jeder Krise oder Katastrophe sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders betroffen. Bei den hier ausgewählten Gruppen handelt es sich um die Bevölkerungsgruppen, die erfahrungsgemäß verwundbar sind. Diese Aufzählung erhebt jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es muss in jedem Einzelfall geprüft werden, welche Gruppen besonderer Berücksichtigung bedürfen.

Frauen

Frauen sind besonders von Naturkatastrophen betroffen, da vor allem sie die Folgen zu tragen haben, wenn das gesamte Hab und Gut verloren gegangen ist und es zu Fluchtbewegungen kommt. Ca. 80 Prozent der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder und nicht selten kommt es vor, dass sie von Mitgliedern des Lagerpersonals zu sexuellen Handlungen gezwungen werden. Während kriegerischen Auseinandersetzungen werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt, als Armeeingehörige von Vorgesetzten missbraucht oder durch Angehörige feindlicher Truppen vergewaltigt.

- ✓ Werden überwiegend technisch ausgerichtete Programme durch soziale und Bildungskomponenten ergänzt?
- ✓ Wird allein stehenden Frauen, vor allem mit kleinen Kindern, entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen geholfen?
- ✓ Gibt es Angebote der psychosozialen Betreuung, um erlebte Traumata im Zusammenhang von geschlechtsspezifischer Gewalt aufarbeiten zu können?

Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche bedürfen der besonderen Unterstützung, da sie nach Krisen und Katastrophen oft auf sich allein gestellt sind. Immer mehr Kinder und Jugendliche stehen als Waisen eigenen Haushalten vor und sind für jüngere Geschwister verantwortlich.

- ✓ Sind die spezifischen Bedürfnisse dieser Kinder und Jugendlichen berücksichtigt? Sind Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Schulbesuch sichergestellt?
- ✓ Haben sie Ansprechpartner, Bezugspersonen?
- ✓ Wer vertritt ihre Belange und Interessen?

Demobilisierte Kombattant-/innen, insbesondere Kindersoldaten

Bei den Kindern und Jugendlichen, die als Soldaten in Guerillatruppen oder regulären Armeen gedient haben, haben Terror und Gewalt ihre Spuren in der sozialen, emotionalen und intellektuellen Entwicklung hinterlassen.

- ✓ Es bedarf einer psychosozialen Betreuung, um die erlebten Traumata verarbeiten und damit leben zu können.
- ✓ Eine Ausbildung in zivilen Berufen ist besonders wichtig für die Reintegration in die Gemeinschaft.
- ✓ Demobilisierte Kombattant-/innen, unter ihnen speziell Kindersoldaten, benötigen die übliche Unterstützung in Form von Arbeitsgeräten, Saatgut, Kleinkrediten, Unterkünften und medizinischer Versorgung.

Rückkehrende Flüchtlinge

- ✓ Stehen rückkehrenden Flüchtlingen, mehrheitlich ehemalige Bauern und Bäuerinnen, Felder mit ausreichend agrarwirtschaftlichem Potenzial zur Verfügung?
- ✓ Wird landwirtschaftliche Beratung angeboten?
- ✓ Gibt es Möglichkeiten, im nichtlandwirtschaftlichen Bereich Geld verdienen zu können bzw. werden diese geschaffen?

Behinderte

Menschen mit Behinderungen haben es nach einer Notsituation in der Phase des Wiederaufbaus besonders schwer, sich als vollwertige Mitglieder in die Gemeinschaft zu integrieren. In Ländern, in denen ein bewaffneter Konflikt stattgefunden hat, muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl von Menschen mit physischen Beeinträchtigungen (Minenopfer und Kriegsversehrte) und Menschen, die wegen eines erlittenen Traumas psychisch krank sind, deutlich höher ist.

- ✓ Ist die Situation behinderter Menschen in der Bedarfsanalyse erfasst worden?
- ✓ Wird bei Infrastrukturmaßnahmen daran gedacht, barrierefrei zu bauen?
- ✓ Besteht ein besonderer Bedarf an Hilfsmitteln wie Prothesen?
- ✓ Besteht ein besonderer Bedarf an psychosozialer Betreuung?
- ✓ Gibt es für physisch Behinderte spezielle Rehabilitationsprogramme?
- ✓ Sind Frühwarnsysteme so konzipiert, dass auch Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen daran teilhaben können?

Minderheiten

Bei Minderheiten handelt es sich beispielsweise um Mitglieder unterdrückter Ethnien, um Wirtschaftsflüchtlinge oder auch wie in einigen asiatischen Staaten um Kastenlose. Sie werden in vielen Ländern ausgegrenzt und daher im Fall einer Katastrophe von den zuständigen Behörden, aber auch von Partnerorganisationen, nicht immer angemessen berücksichtigt, teilweise sogar übersehen. Diese Gruppen sind von Katastrophen besonders stark betroffen, da ihre Selbsthilfepotentiale gering sind und sie kaum gesellschaftlichen Druck ausüben können.

- ✓ Gibt es im Projektgebiet Minderheiten, die ausgegrenzt werden? Welche besondere Unterstützung benötigen diese Gruppen?
- ✓ Kann im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen eine gesellschaftliche Besserstellung dieser Randgruppen erreicht werden?

Ältere Menschen

Bei EZ-Organisationen finden ältere Menschen bisher wenig Aufmerksamkeit. Selbst bei partizipativ durchgeführten Bedarfsanalysen werden ältere Menschen mit ihren spezifischen Bedürfnissen, aber auch ihren Potenzialen oft schlicht vergessen. Nach dem Verlust ihrer Familien durch eine Naturkatastrophe oder kriegerische Auseinandersetzung leben sie nicht selten wenig beachtet am Rand einer Gesellschaft, in der soziale Strukturen und Netzwerke zu ihrer Versorgung nicht mehr funktionieren.

- ✓ Wird bei Aufbauleistungen und CfW/FfW-Maßnahmen berücksichtigt, dass sie ggf. körperlich nicht mehr oder nicht mehr so schwer arbeiten können?
- ✓ Wird beim Zugang zu Hilfsleistungen an deren teilweise eingeschränkte Mobilität gedacht?
- ✓ Werden ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung (Gedächtnis des Dorfes) genutzt?
- ✓ Wird je nach gesellschaftlichem Status ihre anerkannte Autorität beispielsweise als Schlichter eingesetzt?

3.2 Organisationen für Rehabilitation

Die für das Konzept, die Planung und Durchführung verantwortlichen Akteure gliedern sich in nationale und internationale, in staatliche und nichtstaatliche, die gemeinsam oder getrennt agieren.

Nationale staatliche Organisationen

Der Rahmen für die Rehabilitation nach einer Katastrophe wird von den nationalen staatlichen Akteuren abgesteckt, die nach anhaltenden bewaffneten Konflikten allerdings oft nicht die notwendigen Mittel und Kompetenzen für die Entwicklung eines nationalen Wiederaufbaukonzeptes besitzen. Es wäre dennoch ein Fehler, an staatlichen Stellen vorbei zu agieren, da die Abstimmung und Kooperation mit ihnen eine wesentliche Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Wiederaufbaumaßnahmen sind.

Nationale Nichtregierungsorganisationen

Für Hilfsorganisationen sind nationale bzw. lokale NRO die am besten geeigneten Partner. Bei der Bewältigung von Naturkatastrophen stehen oft einheimische Organisationen als Partner zur Verfügung, mit denen bereits vor der Katastrophe zusammen gearbeitet wurde und die unter Umständen durch institutionelle Förderung auf die neue gemeinsame Arbeit vorbereitet werden müssen. In einer Nachkriegssituation gibt es kaum nationale bzw. lokale NRO. Die Unterstützung von geeigneten NRO, die sich teilweise neu bilden, verdient besondere Beachtung.

Internationale Organisationen

Die starke Präsenz internationaler Organisationen ist oft charakteristisch für Nachkriegssituationen, vor allem wenn der Konflikt mit Hilfe einer internationalen Peace Keeping Operation (PKO) beendet worden ist. Einige der Akteure wie die so genannten Blauhelmsoldaten der UN-Friedenstruppen oder andere Soldaten sind in Friedenszeiten nicht präsent, leisten jedoch immer öfter nach Krisen und Katastrophen Rehabilitationshilfe. Dadurch verschwimmt die Trennlinie zwischen militärischem Eingreifen und ziviler Hilfe. Aus diesem Grund kritisieren Nichtregierungsorganisationen¹ zunehmend das Engagement nationaler und multinationaler Streitkräfte im zivilen Sektor. Im Leitfaden für die Zusammenarbeit von DWHH-Personal und militärischen Streitkräften² ist die Position der Deutschen Welthungerhilfe festgehalten. In einigen Ländern ist das Personal von Hilfsorganisationen zunehmend Opfer von Gewalt geworden. Gründe hierfür sind ein deutlicher Anstieg der Korruption, steigende Kriminalität, gewalttätig ausgetragene Clandifferenzen und auch die zunehmende Unschärfe in der Trennung zwischen dem humanitären Mandat einer Hilfsorganisation und den politischen / militärischen Zielsetzungen der internationalen Gemeinschaft. Hilfsorganisationen werden als vergleichsweise »weiche Ziele« stellvertretend für das gesamte internationale Engagement ins Visier genommen. Sie stehen vor der Herausforderung, die Risiken für ihr Personal zu minimieren, ohne gleichzeitig den Zugang zu der betroffenen Bevölkerung zu verlieren. Wichtigster Garant für die Sicherheit des Personals von NRO sind die Akzeptanz und Anerkennung der geleisteten Arbeit seitens der Bevölkerung vor Ort.

Innerhalb der Vereinten Nationen agieren nach Krisen und Katastrophen insbesondere das Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA), der Hohe Flüchtlingskommissar (UNHCR), das Welternährungsprogramm und die Internationale Organisation für Migration mit ihrem jeweiligen spezifischen Mandat. Dazu kommen Organisationen mit besonderen technischen Kenntnissen, wie der Entfernung von Minen.

1 VENRO Positionspapier: Streitkräfte als humanitäre Helfer? – Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe. Bonn Mai 2003

2 Leitfaden für die Zusammenarbeit von DWHH-Personal und militärischen Streitkräften. In: Leitfaden für Personal der Deutschen Welthungerhilfe. Juli 2004, Teil B, S. 100 ff.

Internationale Nichtregierungsorganisationen

Abgesehen von den speziellen Aufgaben im Sicherheitsbereich, die den UN-Organen oder anderen multinationalen Zusammenschlüssen vorbehalten sind, überschneiden sich teilweise die Aufgaben von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Sie befassen sich zunächst mit der Grundversorgung der Opfer und führen die notwendigsten Reparaturen der Infrastruktur durch, bevor mit der tatsächlichen Rehabilitation begonnen wird. Die anwesenden Hilfsorganisationen – in Ruanda/Zaire waren zeitweise mehr als 200 NRO vertreten – machen sich auch Konkurrenz, und es kommt zu Überschneidungen und Rivalitäten. Oft findet die notwendige Abstimmung nicht statt, da jede Organisation möglichst schnell anschauliche Erfolge vorweisen will, worunter die Qualität der Arbeit leidet.

Während des Wiederaufbaus nach bewaffneten Konflikten ist der Unterschied an finanzieller, materieller und personeller Ausstattung zwischen den einheimischen und den ausländischen Akteuren besonders groß. Dadurch werden die ohnehin schwachen Regierungsdienste weiter marginalisiert. Das bringt vielfältige Probleme mit sich: die Regierung sieht sich ihrer konkreten Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit beraubt und versucht, diese mittels Kontrolle der Gelder und Projekte zurückzugewinnen.

Spezialisierte internationale Organisationen und NRO bleiben in der Regel nur so lange im Land, bis sie die in ihr Mandat fallenden Aufgaben erfüllt haben oder wie die bewilligten Mittel reichen. Daher ist die Phase der direkten Nachkriegszeit meist von einem häufigen Wechsel der Akteure geprägt, was sich negativ auf die Kontinuität der Arbeit und das Lernen aus Erfahrungen der Organisationen auswirkt. Die DWHH bildet hier mit einigen anderen eine Ausnahme: in den meisten Fällen war sie bereits vor Ausbruch der akuten Krise mit Entwicklungsprojekten präsent, war im Verlauf der Katastrophe in der Lage, sofortige Nothilfe zu leisten und kann sich in Rehabilitation engagieren, sobald es die Umstände erlauben. In Regionen, die von der Katastrophe unberührt sind, kann die EZ fortgeführt bzw. nach Abschluss der Rehabilitation wieder aufgenommen werden.

3.3 Kooperation und Koordination

Vorhaben des Wiederaufbaus und der Rehabilitation sind komplex und benötigen ein umfassendes Konzept. Theoretisch sind sich alle Beteiligten einig, dass die Verantwortung für die Federführung bei der Ausarbeitung des Konzepts und für die Durchführung – das viel zitierte »ownership« – bei der nationalen Regierung liegen muss. In der Praxis kontrollieren jedoch häufig die ausländischen Geldgeber den gesamten Prozess: die vorbereitenden Planungsworkshops, die Schaffung durchführender Institutionen und die Implementierung. Gründe sind fehlende Finanzmittel der nationalen Regierung und mangelndes Fachwissen. Die internationalen NRO haben meist wenig Gelegenheit, am Konzept mitzuarbeiten. Gemeinsam ausgearbeitete Programme, in denen die beteiligten Organisationen entsprechend ihren Mitteln und Fachkompetenzen komplementär tätig werden, sind die Ausnahme. Im schlimmsten Fall machen sie sich mit unabgestimmten Einzelprojekten Konkurrenz. Im besten Fall wird nachträglich durch gemeinsame Koordinierungssitzungen versucht, die Einzelmaßnahmen möglichst reibungslos miteinander zu verbinden.

Ende 2005 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen den so genannten **Cluster Approach** beschlossen, um die Maßnahmen und Kapazitäten der internationalen Gemeinschaft, auf humanitäre Katastrophen zu reagieren, zu verbessern. Bestimmten UN-Organisationen ist die Gesamtverantwortung für verschiedene Aufgabengebiete der Nothilfe und des Wiederaufbaus zugewiesen worden. In der Praxis umfasst dies vor allem die Koordination der UN-Agenturen und anderer nationaler und internationaler Hilfsorganisationen im Hinblick auf spezifische Aufgabengebiete wie Trinkwasserbereitstellung, Sanitäranlagen, Hygiene, Gesundheit, Unterkunft, Logistik, etc. Internationale und nationale NRO sind aufgefordert, sich am Cluster Approach zu beteiligen (detaillierte Darstellung des Cluster Approachs siehe Orientierungsrahmen Nothilfe).

Es ist erklärtes Ziel der Alliance2015³, durch eine effiziente Zusammenarbeit Synergieeffekte zu nutzen. Die Zusammenarbeit während der Phase des Wiederaufbaus kann sehr unterschiedlich gestaltet sein. Sie ist von der Präsenz der Organisationen vor Ort ebenso abhängig wie von der fachlichen Kompetenz. Die Zusammenarbeit kann von der Bereitstellung von Logistik und Infrastruktur über eine gemeinsame Bedarfsanalyse bis hin zu einem gemeinsamen Programm und einem gemeinsamen Finanzierungsantrag (Konsortialantrag) reichen. Voraussetzung für eine effiziente Zusammenarbeit ist der enge Kontakt und ein zeitnahe Austausch von relevanten Informationen.

Bei der Programmplanung sollten alle Möglichkeiten der Kooperation mit anderen staatlichen, nichtstaatlichen und privaten Organisationen in der Projektregion ausgeschöpft werden. Denkbar sind beispielsweise Kooperationen mit Instituten im Bereich Konflikt- und Friedensforschung zur wissenschaftlichen Vorbereitung und Begleitung von Projekten sowie mit spezialisierten NRO vor allem im psychosozialen Bereich.

►►PRAXIS

In **Liberia** arbeitet die DWHH mit der deutschen NRO medica mondiale zusammen. Diese Organisation unterstützt Opfer, die sexualisierte Gewalt erfahren haben. Außerdem regt sie die öffentliche Diskussion über sexualisierte Gewalt an.

Im **Kongo** wird im Gebiet Nordkivu das Fachwissen von spezialisierten NRO und der freien Universität in Goma bei der Versöhnungsarbeit genutzt.

In **Nicaragua** arbeitet die DWHH eng mit den Bezirksverwaltungen, dem Zivilschutz sowie dem Nationalen Katastrophenvorsorge-System zusammen und nutzt das Wissen des Nationalen Instituts für Terrestrische Studien.

Bei der Verbreitung Erosion vermeidender Anbaumethoden in Gebirgsregionen **Tadschikistans** wurden mit Unterstützung des staatlichen Bodeninstituts mehrere Demonstrationsflächen zur Hangsicherung angelegt. ◀◀

Empfehlenswert sind Kooperationen von Akteuren mit unterschiedlichen Kompetenzen und Schwerpunkten: Eine NRO mit Kompetenz in der Rehabilitation von Wasserversorgung kooperiert in einem kriegsgeschädigten Gebiet mit einer für Gesundheitsversorgung beauftragten NRO, während eine dritte die in FfW-Maßnahmen eingebundene Zielgruppe mit Nahrungsmitteln versorgt und eine vierte damit beschäftigt ist, die landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang zu bringen, etc.

3 Die Alliance2015 besteht aus Concern Worldwide (Irland), HIVOS (Niederlande), IBIS (Dänemark), CESVI (Italien), People in Need (Tschechien) und der DWHH.

4.1 Der Stellenwert des Arbeitsbereichs Rehabilitation

Rehabilitation ist ein wichtiger Arbeitsbereich in der DWHH. Seit den 90er Jahren engagiert sich die DWHH vermehrt in Ländern und Regionen, die entweder Opfer einer Naturkatastrophe oder Schauplatz gewaltsam ausgetragener Konflikte geworden sind. Durch ihre Präsenz in Form von eigenen Strukturen oder durch Partnerorganisationen in mehr als 50 Ländern ist sie in der Lage, auf Krisen und Katastrophen schnell zu reagieren und anders als viele andere länger zu bleiben, um je nach Bedarf und Möglichkeit eine längerfristige Perspektive in der EZ zu bieten. Da die DWHH in der Not- hilfe, Rehabilitation und EZ aktiv ist, kann sie Unterstützung »aus einer Hand« anbieten. Für die Zeit nach Naturkatastrophen und Kriegen bedeutet dies, dass Maßnahmen der Rehabilitation mit der Per- spektive auf ganzheitliche und integrierte Entwicklung geplant und durchgeführt werden können.

Mit Maßnahmen der Rehabilitation werden folgende Ziele verfolgt:

- ▶ Sicherstellung des Lebensunterhaltes, der Partizipation, Nachhaltigkeit und Geschlechtergerech- tigkeit;
- ▶ kurzfristiger Einkommenstransfer;
- ▶ Aufbau von Vermögenswerten auf Haushalts- und Kommunalebene;
- ▶ Aufbau institutioneller Strukturen;
- ▶ Trauma- und Versöhnungsarbeit.

In den vergangenen Jahren nahm der Anteil der Rehabilitationsprojekte am Gesamtumsatz der DWHH stetig zu. Genauere statistische Angaben sind seit 1999 verfügbar und zeigen einen kontinu- erlichen Anstieg der Anzahl entsprechender Projekte und der dafür bewilligten Gesamtsumme.

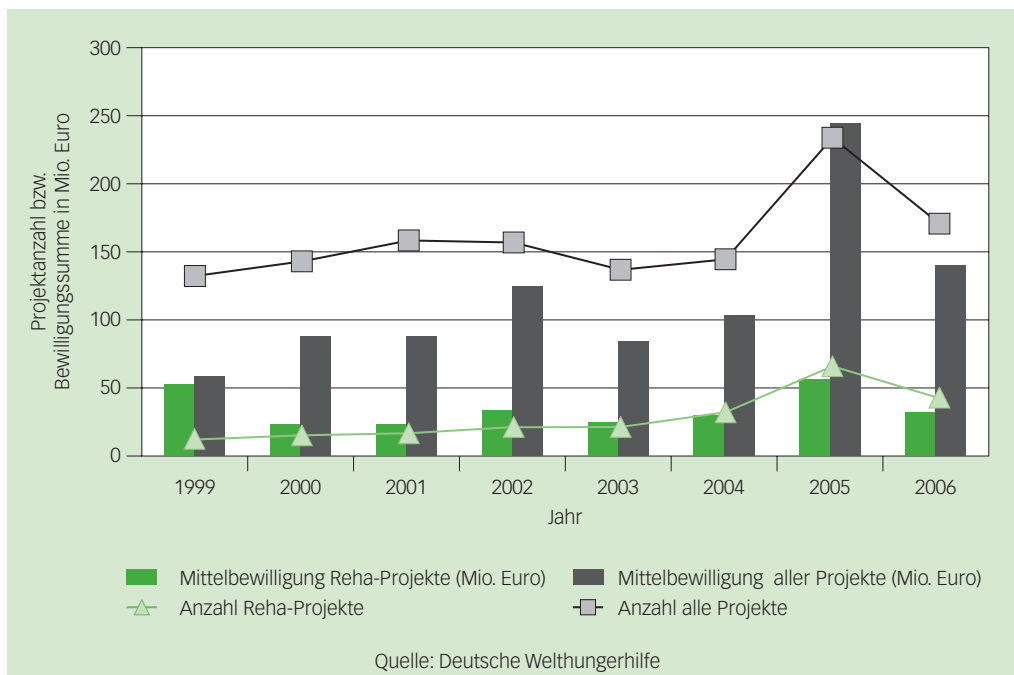


Abbildung 5:
Anteil von Rehabilitationsprojekten
am DWHH Gesamtvolumen

4.2 Schwerpunkte im Arbeitsbereich Rehabilitation

Die Schwerpunkte der DWHH im Bereich Rehabilitation zeigen, dass es sich bei diesen Projekten in den meisten Fällen um die klassischen Schwerpunkte der DWHH handelt: ländliche Entwicklung, Ernährungssicherung und Basisinfrastruktur. Es geht vor allem um die möglichst nachhaltige Wiederherstellung der Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung. Im einzelnen bedeutet dies die Behebung von Schäden bzw. den materiellen Wiederaufbau von Infrastruktur, der Produktionsgrundlagen, insbesondere der Nahrungsmittelproduktion, sowie von Wohnraum.

Infrastruktur

Die Wiederherstellung der durch Naturkatastrophen und Kriege zerstörten Infrastruktur konzentriert sich auf den ländlichen Raum. Die DWHH engagiert sich vor allem auf lokaler Ebene bei der Reparatur von Unterkünften, Zubringerstraßen, kleinen Brücken, Schulen, Terrassen und anderen Erosionsschutzanlagen, Bewässerungssystemen, der Wasserver- und Wasserentsorgung und anderen kommunalen Dienstleistungsstrukturen. Die Wiederherstellung der Infrastruktur ist auch für die Ausübung von Gewerbe und Handel eine wichtige Voraussetzung. Abgesehen vom Minenräumen deckt die DWHH die gesamte Bandbreite des materiellen Wiederaufbaus ab, in vielen Fällen in Kombination mit Nahrungsmittelhilfe für alle Mitglieder der Zielgruppen.

►►PRAXIS

Der Bezirk Ziway Dugda in der Oromiya Region von **Äthiopien** zeichnet sich durch eine schwache soziale Infrastruktur aus. Um zunächst das ländliche Wegesystem im Rahmen einer CfW-Maßnahme zu rehabilitieren und zum Teil neu aufzubauen, wurde eine vom BMZ finanzierte entwicklungsorientierte Nothilfemaßnahme durchgeführt. Dadurch konnten bisher unzugängliche Gemeinden überhaupt erst mit Fahrzeugen erreicht werden, was einen Entwicklungsprozess initiiert hat, der zuvor nicht denkbar war. Weitere Maßnahmen zur Rehabilitation der sozialen Infrastruktur folgten. Diese wurden von Maßnahmen zur HIV&AIDS-Aufklärung flankiert.

- ▶ Verbesserung der ländlichen Trinkwasserversorgung durch von Hand gegrabene und gebohrte Brunnen, Sammlung von Regenwasser durch Dachfänge und Zisternen;
- ▶ Bau von dezentralen Gesundheitsstationen für Mensch und für Nutztiere;
- ▶ Bau von Grundschulen;
- ▶ Einführung und Bau von Getreidebanken;
- ▶ Einführung eines ländlichen Spar- und Kreditsystems.

Kaum waren die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebellenbewegungen in der Region Nordkivu im Osten der **D.R. Kongo** beendet, kehrten 500.000 vor den Kriegswirren geflohene und vertriebene Menschen in ihre Dörfer zurück. In einem kombinierten Nahrungsmittelhilfe- und Beschäftigungsprojekt (Fw/CfW) der DWHH wurden als Ausgangsbasis für ihre erfolgreiche Reintegration die Straße von Masisi und Walikale sowie die landwirtschaftliche und soziale Infrastruktur repariert. Nach Ausbruch des Vulkans Nyiragongo konnte das Projekt umgehend Nothilfe und mittels der vorhandenen Maschinen wichtige Beiträge zum Wiederaufbau in der Stadt Goma leisten.



Landwirtschaft

Die Wiederherstellung der produktiven Infrastruktur ist eine Voraussetzung für die Wiederbelebung der Landwirtschaft. Die Felder müssen von Schutt, Geröll und Buschwerk geräumt und für die Aussaat vorbereitet werden. Danach werden Saatgut, Geräte und Düngemittel bereitgestellt. Viehzüchter erhalten eine kleine Anzahl von Tieren, meistens kleine Wiederkäuer und manchmal auch Zugtiere. In vielen Fällen werden verbesserte Pflanzensorten und Tierrassen eingeführt und Beratung angeboten.

Durch jahrelange bewaffnete Konflikte und mehrere Dürreperioden hatte die Mehrzahl der ländlichen Haushalte in **Tadschikistan** ihre Ernährungsgrundlage verloren. Nach Jahren der Nahrungsmittelhilfe mussten die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion neu geschaffen werden. Dazu stellte die DWHH in einem mehrjährigen Programm zunächst Pflanzkartoffeln und Getreidesaatgut auf Kreditbasis zur Verfügung und leistete Beratungsarbeit für die Bauern. Daraus entstanden Initiativen zur Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Gleichzeitig konnten Dorfentwicklungsfonds aufgebaut werden, die durch Beiträge der geförderten Bauern gespeist wurden, und die für gemeinnützige Vorhaben in den Gemeinden verwendet werden.

►►PRAXIS



Handel und Kleingewerbe

Die Unterstützung der DWHH dient vor allem der Wiederherstellung der kleingewerblichen Produktion durch Bereitstellung von Produktionsmitteln und Startkapital, eventuell auch durch die Versorgung mit Rohstoffen. Die meisten Handel- und Gewerbetreibenden gehören mit ihren Kleinst- und Kleinbetrieben zum informellen Sektor und haben keine Rücklagen. Deshalb erfolgt deren Unterstützung vor allem durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss an Mitglieder von Selbsthilfegruppen oder über einen revolvingierenden Fonds mit den dazu gehörenden Beratungsleistungen. Nach den Zerstörungen durch einen Krieg oder eine Naturkatastrophe sind sie nicht in der Lage, ohne externe Hilfe ihre Aktivitäten wieder aufzunehmen.

Die Wiederbelebung dieses Sektors schafft außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen und ist eine wichtige Ergänzung zur Förderung der Landwirtschaft. Revolvingierende Fonds haben sich als besonders gute Starthilfe für Frauen erwiesen: sie entwickeln schnell wirtschaftliche Aktivitäten, die keine hohen Investitionen erfordern; außerdem investieren sie das erwirtschaftete Einkommen in ihre Kinder, deren Bildung und in Gesundheit.

Reintegration spezieller Zielgruppen

Anhaltende bewaffnete Konflikte, aber auch längere Dürreperioden, führen zu einer Entwurzelung weiter Bevölkerungsteile. Bei den Bemühungen um einen Neuanfang benötigen nach dem Ende der akuten Krise aus dem Ausland zurückkehrende Flüchtlinge, Binnenvertriebene (Internally Displaced People – IDP), Witwen und Waisen sowie demobilisierte Kombattant/-innen und Kriegsversehrte besondere Unterstützung. Diesen besonders verwundbaren Gruppen wird geholfen, ihre Benachteiligung zu überwinden und sich selbst zu helfen. Dabei geht es sowohl um materielle als auch um psychosoziale Hilfsmaßnahmen.

Als Folge der seit 1986 andauernden bewaffneten Rebellenaktivitäten und Auseinandersetzungen zwischen der »Lord Resistance Army / LRA« und der ugandischen Armee sind mehr als 1,5 Millionen Menschen in **Norduganda** aus ihren Dörfern vertrieben worden. Die ugandische Regierung hat zu deren Schutz Vertriebenenlager errichtet, jedoch haben die Menschen dort keinerlei Perspektive: sie haben weder Zugang zu ihren Feldern, noch andere Einkommensmöglichkeiten.

►►PRAXIS

Im August 2006 wurde ein Waffenstillstand vereinbart, wodurch sich die Sicherheitslage verbessert hat. Seither verlassen die Binnenflüchtlinge nach und nach die Lager und kehren in ihre Dörfer zurück. Voraussetzung für die Auflösung der Flüchtlingslager ist neben der stabilen Sicherheitslage jedoch auch die direkte Unterstützung der Rückkehrer, der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur sowie die Wiederaufnahme staatlicher und privater Dienstleistungen.

Die DWHH arbeitet seit 2003 im Konfliktgebiet. Zunächst in den Flüchtlingslagern der Städte Lira und Kalongo, wo die Wasserversorgung verbessert und Familien mit Haushaltsgegenständen ausgestattet wurden. Seit 2005 werden rückkehrende Flüchtlinge in den Distrikten Lira und Pader unterstützt. Sie erhalten Haushaltsgegenstände, Saatgut und landwirtschaftliche Geräte, in den Dörfern werden Brunnen instand gesetzt oder neu gebohrt und Brunnenkomitees in Wasserhygiene sowie Brunnen- und Pumpenwartung ausgebildet. Ergänzend werden Maßnahmen unterstützt, um mit der Aufarbeitung des Konfliktes zu beginnen. Beispielsweise werden Seminare mit Jugendlichen durchgeführt, um über ihre Rolle im Wiederaufbau der Region zu diskutieren.

Die DWHH kooperiert mit der lokalen NRO »Collaborative Efforts to Alleviate Social Problems«. Deren Schwerpunkt ist die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen, die bewaffnete Konflikte erlebt haben. ◀◀

Psychosoziale Betreuung

Nach gewaltsamen Konflikten besteht ein großer Bedarf an psychosozialer Betreuung. Viele Menschen haben extreme Gewalterfahrungen gemacht und sind traumatisiert. Die Gesellschaft und auch die internationalen Institutionen unterschätzen häufig die Folgen der Traumatisierung. Die Betroffenen bedürfen spezieller Fürsorge und Hilfe.

Dieser Bereich gehört nicht zu den Kernkompetenzen der DWHH. Da der Bedarf in verschiedenen Ländern immer augenscheinlicher wird, werden – wo möglich – Projekte einheimischer Träger unterstützt und strategische Partnerschaften mit dafür spezialisierten Organisationen gesucht.

►►PRAXIS

Seit Jahrzehnten leidet **Kolumbien** unter immer wieder aufflammenden lokalen Konflikten und verbreiteter Gewaltanwendung. Im Departement Antioquia, einem Brennpunkt der Konfrontationen und des Drogenhandels, unterstützt die DWHH ein Projekt der sozialen Integration von Binnenvertriebenen. Neben der Vermittlung notwendiger Grundlagen für die Vertretung ihrer Interessen wird Raum für die Aufarbeitung erlittener Gewalt und Vertreibung unter fachkundiger Begleitung der Partnerorganisation geboten. Ebenfalls in Antioquia fördert die DWHH die Aktivitäten einer Partnerorganisation zur friedlichen Konfliktlösung, zur Versöhnung zwischen Opfern und Tätern und zur Wiedereingliederung ehemaliger jugendlicher Kombattanten in die Zivilgesellschaft. ◀◀

Leitfragen für die Konzeption eines Rehabilitationsvorhabens

►►CHECKLISTE

Projekte erreichen auch deshalb nur teilweise ihre Zielsetzung, weil bei Planung, Durchführung und Monitoring wichtige Aspekte oft nicht bedacht werden. Dieser Leitfaden soll für die Ausarbeitung bzw. Prüfung eines Projektantrages Orientierung bieten.

Projektplanung

Unzureichende Planung kann den Verlauf eines Projektes nachhaltig beeinträchtigen. Deshalb sollte, auch wenn Projekte im Bereich Rehabilitation häufig unter Zeitdruck geplant werden, die Planung nicht vernachlässigt werden.

- ✓ Bedarf der Zielgruppe/n nicht nur rechnerisch ermitteln (Anzahl der Empfänger x Anzahl der Hilfsmittel pro Person), sondern durch Bedarfsfeststellung auf Haushaltsebene.
- ✓ Ermittlung der vorhandenen Ressourcen: materielle Situation, vorhandene Kenntnisse und Fähigkeiten, arbeitsfähige Personen, spezielle Bedürfnisse.
- ✓ Vorhandenes Konfliktpotenzial nicht verstärken und kein neues schaffen. Daher konfliktsensible Planung im Sinne von »Do no harm«.
- ✓ Bereits bei der Planung auch qualitative Indikatoren formulieren.
- ✓ Formulierung von Wirkungshypothesen, um die intendierten und nicht-intendierten Wirkungen der Projektmaßnahmen besser zu verdeutlichen; ggf. Projektantrag so modifizieren, dass negative nicht-intendierte Wirkungen möglichst vermieden werden.
- ✓ Logistik: Wo können welche Materialien beschafft, gelagert und transportiert werden?
- ✓ Wie wird dem spezifischen Informationsbedarf der DWHH (B2, FG-IP) für Spenderbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit entsprochen?
- ✓ Wie wird das Programm der DWHH/der Partnerorganisation der Öffentlichkeit des Partnerlandes vermittelt: Medienarbeit, Veranstaltungen, Publikationen?

Auswahl und Partizipation der Zielgruppen

Wenn am Bedarf, den Interessen und den Kapazitäten der Zielgruppe/n vorbei geplant wird, kann ein technisch noch so gut geplantes Projekt ein Misserfolg werden. Genderaspekte können die Wirkung und Effektivität der Durchführungsinstrumente beeinflussen und sollten von Beginn an bei der Projektplanung beachtet werden. Deren Nichtberücksichtigung kann das Scheitern monatelanger Arbeit in sich bergen.

- ✓ Partizipation der Zielgruppe/n, vor allem auch der Frauen, Kinder und Jugendlichen, nicht erst bei der Implementierung der Maßnahmen, sondern auch bei Entscheidung über Inhalt, Zielgruppenzusammensetzung, technische Lösungen und Durchführung.
- ✓ Die spezifischen Bedürfnisse der Kinder und Jugendliche beachten, die keine oder eine nur schwache Lobby haben.
- ✓ Auswahl der Zielgruppe/n transparent machen, somit auch für Außenstehende nachvollziehbar.
- ✓ Selbsthilfepotenzial wie bsp. vorhandene Fähigkeiten nutzen und einplanen.
- ✓ Akteursanalyse unter Berücksichtigung traditioneller Strukturen. Wer wird eigentlich gefördert? Evtl. sogar Verantwortliche für den Konflikt? Wird eine Gruppe übersehen?
- ✓ Systematische Identifizierung der besonders Hilfsbedürftigen (vulnerable persons).
- ✓ Frauen nicht nur auf der Durchführungsebene beteiligen, auch auf deren Präsenz in Entscheidungsgremien achten.
- ✓ Bei der Arbeit mit Flüchtlingen möglichst heimische Bevölkerung in Hilfsmaßnahmen mit einbeziehen (Neid- und Konfliktsituationen vermeiden!).

Maßnahmenbereiche

Verteilung von Nahrungsmitteln und sonstiger Produkte:

- ✓ In der Wiederaufbauphase FfW / CfW bevorzugen, jedoch sicherstellen, dass:
 - ✓ der tatsächliche Bedarf gedeckt wird;
 - ✓ der Arbeitseinsatz zeitlich so geplant wird, dass er nicht in Konkurrenz zu saisonalem Arbeitsanfall (Aussaat, Ernte) steht; Abstimmung der Arbeitseinsätze mit den landwirtschaftlichen Jahreszyklen unbedingt erforderlich.
- ✓ Abwägen zwischen FfW und CfW basierend auf einer Analyse der verfügbaren Nahrungsmittel in der Region, sowie der Kaufkraft der Bevölkerung.
- ✓ Nahrungsmittel für nicht arbeitsfähige Mitglieder der Zielgruppe/n reservieren (Schwangere, Frauen mit Kleinkindern, Haushalte mit HIV-Infizierten / AIDS-Kranken).
- ✓ Durch Verteilungen keine Neidsituationen schaffen; diese könnten die Reintegration der Beteiligten erschweren und zum Entstehen neuer Konflikte / Krisen beitragen.
- ✓ Von Anfang an abgestuften Ausstieg anstreben und – wo möglich – einplanen.

Aufbau von Infrastruktur:

Wiederaufbau- und Rehabilitationsprojekte haben zum Teil umfangreiche technische Komponenten (Straßen- und Brückenbau, Rehabilitation von Schulen und Bewässerungskanälen). Im Sinne der Nachhaltigkeit ist neben einer realistischen Einschätzung des technischen Know-hows beim Projektteam und der Zielgruppe auch der Organisationsgrad auf Zielgruppenebene von zentraler Bedeutung.

- ✓ Technische Standards nicht mischen, nach Möglichkeit Standards der Regierung, der Privatwirtschaft oder auch die Standards von SPHERE u. a. nutzen.
- ✓ Evtl. externe Expertise zur Absicherung der technischen Qualität einholen.
- ✓ Aufbau der Infrastruktur für technisch nachhaltige Innovationen nutzen.
- ✓ Technische Komplexität an die lokalen Bedingungen und die Möglichkeiten der Zielgruppe/n anpassen.
- ✓ Zielgruppe/n an der technischen Lösung von Problemen beteiligen; Lösungsalternativen gemeinsam abwägen und auswählen.
- ✓ Systematische Kontrolle der Qualität des eingebauten Materials bzw. des Einbaus.
- ✓ Nicht nur die Lebensgrundlagen in der Landwirtschaft wiederherstellen; auch Personengruppen berücksichtigen, die von außerlandwirtschaftlichem Einkommen leben (evtl. Kleinprojektfonds, Ausbildungsmaßnahmen, Kreditlinien).
- ✓ Bei negativen ökologischen Auswirkungen Gegenmaßnahmen ergreifen.
- ✓ Wenn möglich Maßnahmen zum Katastrophenrisikomanagement integrieren.
- ✓ Ggf. Landrechts- und Landnutzungsfragen berücksichtigen.

Aufbau und Förderung von Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsstrukturen:

Der (Wieder)Aufbau bzw. die Förderung der Zivilgesellschaft und somit das Capacity Building ist eine wichtige Projektkomponente. Für Kreditprogramme ist ein Mindestmaß an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität Voraussetzung; diese ist nach Naturkatastrophen eher als nach gewaltsamen Auseinandersetzungen gegeben.

- ✓ Aufbau lokaler Organisationen und Vermittlung organisatorischer Kenntnisse.
- ✓ Ausbildung der Zielgruppe/n in Unterhaltung der Baumaßnahmen (maintenance-Fonds).

- ✓ Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse, auch um die Reintegration spezieller Gruppen wie Ex-Kombattanten oder zurückgekehrte Flüchtlinge zu unterstützen; ggf. Verbindung zur formalen Ausbildung herstellen.
- ✓ Psychologische Folgen bei den Menschen werden häufig übersehen. Für den psychosozialen Bereich ggf. Kooperationen suchen.

Querschnittsthemen

Das sektorale Portfolio der DWHH legt Gender, HIV&AIDS, Konfliktsensibilität und Katastrophenrisikomanagement als Querschnittsthemen fest. Es geht darum, bei jedem Projekt oder Programm diese Themen zu analysieren und projektspezifisch angemessene Aktivitäten zu erarbeiten. Hierzu geben verschiedene Checklisten mit Leitfragen Orientierung.

Fachpersonal

Bei den meist kurzen Projektlaufzeiten ist es teilweise schwierig, qualifiziertes Fachpersonal rechtzeitig zu rekrutieren. Kompromisse bei der Personalauswahl erweisen sich jedoch für den Projekterfolg in aller Regel als abträglich.

- ✓ Für die teils komplexen technischen Vorhaben sollte das Personal über vielfältige technische Kenntnisse und Erfahrungen verfügen.
- ✓ Ebenso wichtig sind soziale und organisatorische Kompetenzen; es muss oft unter schwierigen Bedingungen (Ressourcenknappheit, Unsicherheit) gearbeitet werden.
- ✓ Bei speziellem Fachwissen das Instrument des kurzfristigen oder begleitenden Einsatzes externer Fachkräfte (community development) nutzen (budgetieren!).

Prüfung von Nachhaltigkeit

Mitunter wird beim Wiederaufbau nicht ausreichend geprüft, ob die meist mit Hilfe von FfW oder CfW geschaffenen Bauten überlebensfähig sind. Nachhaltigkeit ist nur dann gegeben, wenn parallel Selbsthilfestrukturen aufgebaut werden. Zudem ist eine Ausstiegsstrategie zu formulieren auch für den Fall, dass ein Projekt nicht weitergeführt werden kann.

- ✓ Vorhandene eigenständige Trägerstrukturen wie z. B. lokale Organisationen fördern.
- ✓ Falls erforderlich, Selbsthilfeinitiativen, Komitees etc. aufbauen, um Übergabe des Projektes und Selbstverwaltung sicherzustellen.
- ✓ Ersatzteilbeschaffung möglichst im lokalen Kontext sicherstellen; ggf. maintenance-Fonds einrichten, Nutzungsgelder erheben (Unterhalt der Straße).
- ✓ Ausstiegsstrategie, wenn Geldgeber die Weiterfinanzierung nicht zusagt, die Sicherheitslage die Fortführung der Arbeit nicht erlaubt etc.

Wirkungsanalyse

- ✓ Prüfen, ob die Maßnahmen tatsächlich die Lebensbedingungen der Mitglieder der Zielgruppe/n verbessert.
- ✓ M&E-System nicht ausschließlich auf quantifizierbare Daten bezüglich Input an Sachmitteln ausrichten, auch qualitative Indikatoren formulieren.

(Ko)Finanzierungen

Rehabilitationsprojekte benötigen einen mittelfristigen Atem. Die zeitlichen Beschränkungen von Kofinanzierungen stehen der mittelfristigen Projektplanung entgegen. Deshalb frühzeitiges Ausloten von Optionen für Projektverlängerungen und Folgefinanzierungen wichtig.

Kooperationen / Koordination

Nicht jeder festgestellte Bedarf muss von dem DWHH-Projekt gedeckt werden. Jedoch sollte ggf. über Kooperationen mit anderen Organisationen sichergestellt werden, dass nicht befriedigte Bedürfnisse mittelfristig gedeckt werden. Kooperationen bieten sich an mit:

- ✓ anderen internationalen, nationalen und lokalen NROs.
- ✓ Kirchen, beispielsweise bei der Versöhnungs- und Traumaarbeit.
- ✓ einheimischen Instituten, Universitäten etc.
- ✓ Koordination mit lokalen, nationalen Behörden und auf Distriktebene, z. B. bei Schulbau / Lehrpersonal.

4.3 Aufbau von Selbsthilfestrukturen

Untersuchungen und Erfahrungen belegen, dass die Fähigkeiten eines Gemeinwesens zur Selbsthilfe relativ schnell wieder belebt werden können. Auf Haushaltsebene geschieht dies durch FfW, CfW und die Bereitstellung von Produktionsfaktoren auch in Form von Warengutscheinen (Vouchers). Auf kommunaler und eventuell Distriktebene werden zum Beispiel mit Wasser- oder Schulkomitees vorhandene Selbsthilfestrukturen gestärkt oder bei Bedarf neue geschaffen. Der Aufbau von gewählten Komitees für das Management einzelner Maßnahmen wie die Wasserversorgung oder Verteilung von Lebensmitteln bzw. Produktionsfaktoren kann die Grundlage für die Bildung von Basisorganisationen schaffen. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Bevölkerungsgruppen aktiv eingebunden werden. Es genügt nicht, dass Frauen im Brunnenkomitee vertreten sind und lediglich die Aufgabe haben, den Brunnen sauber zu halten, jedoch nicht an Entscheidungen beteiligt werden.

Lokale Selbstverwaltungs- oder Selbsthilfestrukturen tragen entscheidend zum Gelingen der Maßnahmen bei. Deshalb muss die Nachhaltigkeit bei Rehabilitationsmaßnahmen bereits in der Planung berücksichtigt und geeignete Aktivitäten formuliert werden. Im Kontext von Wiederaufbau und Rehabilitation bedeutet Nachhaltigkeit nicht lediglich die technisch korrekte Ausführung von Bau- und Instandsetzungsarbeiten, sondern umfasst auch die Organisationsförderung auf Ebene der Zielgruppen. Organisationsförderung und der Aufbau von Selbsthilfestrukturen ist ohne Partizipation kaum möglich und bedarf eines langfristigen Prozesses, der bei Maßnahmen der Rehabilitation oft nicht gegeben ist. Die Laufzeit dieser Projekte ist höchstens mittelfristig und Anschlussfinanzierungen können nicht immer sichergestellt bzw. erreicht werden. Deshalb müssen die Erwartungen an Nachhaltigkeit realistisch eingeschätzt werden.

Nach einer Naturkatastrophe kann die DWHH in der Regel auf bewährte Kooperationsstrukturen mit einheimischen Organisationen oder der lokalen Regierung zurückgreifen. Auch wenn die Partnerorganisationen selbst betroffen sind, sind sie oft schnell wieder in der Lage, mit Unterstützung von außen neue Projekte durchzuführen bzw. bereits begonnene Aktivitäten fortzuführen.

Nach dem schweren Erdbeben 2005 in **Kaschmir** hat die DWHH zusammen mit mehreren lokalen Partnerorganisationen die Notversorgung von Betroffenen im indischen Teil des Katastrophengebietes sichergestellt. Im Rehabilitationsprogramm, das sich daran anschloss, wurden Schulen und Krankenstationen wiederaufgebaut sowie der Aufbau von Selbsthilfestrukturen unterstützt. Die Partnerorganisation IGSSS (Indo-Global Social Service Society), mit der seit Jahren zusammengearbeitet wird, hat die Gründung von Selbsthilfegruppen von Frauen und Männern gefördert. Zunächst sparen die Selbsthilfegruppen etwas Geld, um von diesem Gemeinschaftskapital kleinere Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbseinkommen (verbessertes Anbau, Kleintierhaltung, Nutzung außerlandwirtschaftlicher Erwerbsquellen) finanzieren zu können. Die Zielgruppen befassen sich mit Gruppenorganisation und Fragen wie Gruppendynamik, Umgang mit Finanzen, rechtliche Fragen und der Lösung von Konflikten. Außerdem werden ihnen auf dem jeweiligen Fachgebiet die erforderlichen Kenntnisse vermittelt. Mittelfristig sollen die Gruppen an das formale Bankwesen herangeführt und mit den Regierungsprogrammen und den entsprechenden Behörden vertraut gemacht werden.

Ein weiterer Aspekt des Programms beinhaltet das Katastrophenrisikomanagement. Dieses umfasst die Bildung von Zivilschutzgruppen durch Jugendliche der Dörfer (Youth Rapid Action Force), die in Erster Hilfe, Frühwarnung und der Planung und Organisation von Nothilfemaßnahmen in Katastrophenfällen ausgebildet werden. ◀◀

Vor allem in Post-Konfliktsituationen fehlen der DWHH für ihre Unterstützung oft die bevorzugten Partnerstrukturen wie Basisorganisationen und einheimische NRO. In solchen Fällen wird geprüft, ob ausgewählte Partnerorganisationen durch geeignete Unterstützung auf neue Aufgaben vorbereitet werden können.

▶▶ PRAXIS

5

Die Durchführung von Programmen und Projekten im Bereich Rehabilitation

5.1 Prinzipien und Qualitätsstandards

Die zurückliegende Dekade hat das Feld der humanitären Hilfe heterogener gemacht. Die in diesem Bereich tätigen Akteure waren von dem Bemühen geleitet, mehr Professionalität in den Hilfsalltag zu bringen und mehr Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit anderen Gebern zu suchen, statt Konkurrenz zwischen den Organisationen aufzubauen. Viele Prozesse und Verfahren wurden vereinheitlicht und standardisiert. Mit dem Ziel, bedarfsgerecht und professionell an Ort und Stelle zu sein, wurden auch innerhalb der DWHH logistische Abläufe angepasst, Prinzipien definiert und Standards gesetzt.

Die DWHH beteiligt sich seit Jahren im Rahmen nationaler und internationaler Gremien und Netzwerke wie dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) oder dem Sphere-Projekt⁴ an der Diskussion um die Qualitätsorientierung in der humanitären Hilfe. Die ursprünglich für die humanitäre Hilfe erarbeiteten Normen haben auch für die Arbeit im Bereich Rehabilitation Gültigkeit.

Nachstehend sind die wichtigsten Prinzipien und Qualitätsstandards erläutert, die den operativen Bereich der Rehabilitation der DWHH bestimmen.

Code of Conduct

Der Verhaltenskodex (The Code of Conduct for International Red Cross and Red Crescent Movement and NGOs in Disaster Relief) wurde 1994 von den Rotkreuzbewegungen initiiert und umfasst einen Katalog von zehn international anerkannten Leitprinzipien der humanitären Hilfe. Er regelt die Grundhaltung humanitären Verhaltens in Katastrophen- und Krisensituationen und definiert, wie und für wen humanitäre Hilfe geleistet werden soll. Die DWHH hat diesen Verhaltenskodex 1994 unterzeichnet und sich der Einhaltung verpflichtet. Aus den Erläuterungen der Einzelprinzipien geht hervor, wie die DWHH die Prinzipien umsetzt.

Code of Conduct for the International Red Cross and Red Crescent Movement and NGOs in Disaster Relief (1994)

- 1. Der Humanitäre Imperativ geht vor:** Das Recht auf humanitäre Hilfe und das Recht humanitäre Hilfe zu leisten ist **das** humanitäre Grundprinzip. Als Teil der internationalen Gemeinschaft erkennt die DWHH es als ihre Pflicht an, humanitäre Hilfe zu leisten wo immer sie gebraucht wird – unparteiisch und ohne politische Wertung. Die Linderung der Not der betroffenen Menschen ist dabei unsere vorrangige Motivation (bedarfsorientiert).
- 2. Hilfe wird unterschiedslos ohne Ansehen der Rasse, religiöser Überzeugungen oder Staatsangehörigkeit der Empfänger geleistet:** Das Maß der Not bestimmt allein Art und Umfang der Hilfsleistungen der DWHH. Ihre Hilfsprogramme basieren auf einer gründlichen Ermittlung sowohl des tatsächlichen Bedarfs als auch der lokalen Kapazitäten vor Ort. Das Prinzip der Proportionalität bildet hierfür die Grundlage. Die Hilfe muss angemessen und bedarfsorientiert sein.

3. **Hilfe wird grundsätzlich nicht zur Förderung einzelner politischer oder religiöser Standpunkte verwendet:** Die Bereitstellung von humanitärer Hilfe unterliegt keiner Konditionalisierung.
4. **Wir sind bestrebt, nicht als Instrument staatlicher Außenpolitik zu agieren:** Als NRO mit einem humanitären Auftrag handelt die DWHH grundsätzlich unabhängig von Regierungen. Sie formuliert ihre eigene Zielsetzung und Strategie anstatt die Politik einer Regierung umzusetzen. Die Finanzierung der Nothilfe der DWHH unterliegt nicht nur einem staatlichen Geldgeber und macht sich mit dieser Differenzierung unabhängig.
5. **Achtung von Kultur und Brauchtum der Zielgruppe:** Bei der Planung und Umsetzung von Hilfsprogrammen achtet die DWHH lokale Gebräuche und Kulturen. Sie bezieht lokale Lösungsansätze und Präferenzen z.B. bei der Auswahl ihrer Hilfsgüter in ihre Überlegungen mit ein.
6. **Aufbau der Not- und Katastrophenhilfe auf lokalen Fähigkeiten:** Trotz der Notlage besitzen alle Menschen und Gesellschaften noch viele Potentiale, die es in der Nothilfe zu nutzen gilt. Die DWHH ist bestrebt, diese lokalen Kompetenzen und Kapazitäten in die Durchführung der Hilfsprogramme einzubinden. Durch Beschäftigung einheimischen Personals oder durch den Ankauf einheimischer Produkte (z.B. Nahrungsmittel) werden zudem lokale Potentiale gestärkt. Soweit möglich arbeitet die DWHH bei der Planung und Durchführung mit einheimischen Partnerorganisationen.
7. **Die Zielgruppe in die Organisation der Soforthilfe einbinden:** Die Einbindung der Betroffenen in die Planung und Umsetzung von Unterstützungsleistungen ist für die DWHH nicht nur Ausdruck der Menschenwürde, sondern leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Effizienz und Wirksamkeit eines Nothilfeprogramms.
8. **Soforthilfe muss Grundbedürfnisse abdecken und zugleich die Anfälligkeit für künftige Katastrophen verringern:** Auch kurzfristig geleistete Nothilfe wirkt sich auf die Entwicklungsaussichten der betroffenen Zielgruppen aus. Diese Auswirkungen können positiv aber auch negativ sein. Daher sollten auch Nothilfemaßnahmen so konzipiert sein, dass sie aktiv die Anfälligkeit der Zielgruppe für künftige Katastrophen reduziert und frühzeitig dazu beiträgt, eine gesicherte Lebensgrundlage zu schaffen.
9. **Sich nicht nur Zuwendungsgebern und Spendern, sondern auch Zielgruppen gegenüber verantwortlich fühlen:** Regelmäßiges Monitoring und **Impact assessment** wird von der DWHH gewährleistet und trägt zu Transparenz bei.
10. **Die Menschenwürde von Katastrophenopfern wird auch in der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung geachtet:** Es ist der DWHH wichtig, die Menschenwürde der Betroffenen in Nothilfsituationen zu bewahren und ein objektives Bild der Notlage zu vermitteln. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird verantwortlich eingesetzt, um ein Bewusstsein für die Situation der betroffenen Bevölkerung in der Öffentlichkeit herzustellen. Art und Umfang der zu leistenden Nothilfe darf jedoch weder von Kriterien der Öffentlichkeitswirksamkeit abhängig gemacht werden, noch dazu dienen, mit spektakulären Bildern in Konkurrenz zu anderen Hilfsorganisationen zu treten.

Sphere-Standards

Die Sphere-Standards sind das Ergebnis eines 1997 gestarteten internationalen Konsultationsprozesses humanitärer Organisationen und Rotkreuzbewegungen mit der Zielsetzung, einheitliche, qualitative Mindeststandards für die humanitäre Hilfe zu entwickeln. Die Standards basieren auf der Grundannahme, dass jedes Individuum auch in einer Katastrophe ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat, welches ein Mindestmaß an Grundversorgung umfasst.

Das Sphere-Projekt enthält als Kernelemente:

- ▶ die Humanitäre Charta, die fünf fundamentale Prinzipien des Internationalen Humanitären Völkerrechts, des Flüchtlingsschutzes sowie das Recht auf ein menschenwürdiges Leben zusammenfasst;
- ▶ sektorübergreifende Mindeststandards;
- ▶ technische Standards in vier Sektoren der Nothilfe;
- ▶ den Code of Conduct.

Insgesamt 400 NRO und Institutionen waren an der Entwicklung der zweiten, überarbeiteten Auflage des Sphere-Handbuchs beteiligt. Die Bedeutung von Sphere wird vor allem in den eindeutigen, qualitativen Standards und Indikatoren gesehen, die universell anwendbar sind. Zu jedem Standard gibt es ausführliche Erörterungen sowie praktische Anlagen für die Bedarfserhebung. Zahlreiche Geberorganisationen wie z. B. ECHO erwarten inzwischen, dass bei der Projektplanung die »Sphere«-Standards zugrunde gelegt werden.

Für die DWHH dient das Sphere-Handbuch in ausgewählten Bereichen der Nothilfe und Rehabilitation als wichtige Richtlinie zur Umsetzung gezielter Maßnahmen www.sphereproject.org. Das Bekenntnis der DWHH zu den Sphere-Standards bedeutet, dass diese wichtigen Zielvorgaben bei der Projektplanung nachweislich berücksichtigt werden. Da es sich um Mindeststandards für die Nothilfe handelt, sollten Maßnahmen der Rehabilitation möglichst darüber hinausgehen (beispielsweise bei der Berechnung von Wohnraum). Diese Standards müssen projektspezifisch geprüft werden, damit sie für den jeweiligen Kontext angemessen sind.

▶▶ CHECKLISTE

Sphere-Standards

Das Sphere-Projekt hat praktische Orientierungen und Minimumstandards für die zentralen Themen der Nothilfe und Rehabilitation entwickelt. Diese richten sich an alle Akteure, die bei Katastrophen und im Rahmen des Wiederaufbaus und der Rehabilitation tätig werden (Regierungen, Geber, NGO, internationale Organisationen). Die Standards gehen weit über die Auflistung von Normen und Werten hinaus und haben mit der Erstellung des Handbuchs den Wertekatalog um eine praxisorientierte Anleitung zur Umsetzung und Messung humanitärer Maßnahmen erweitert.

Die **acht sektorübergreifenden Mindeststandards** sind prozessbezogen und müssen projektspezifisch einer Analyse unterzogen werden:

- ✓ Partizipation der betroffenen Bevölkerung
- ✓ Erfassung der Ausgangssituation (Bedarfsanalyse)
- ✓ Kriterien für die Notwendigkeit einer humanitären Maßnahme
- ✓ Kriterien für die Auswahl der Zielgruppe
- ✓ Wirkungsbeobachtung
- ✓ Evaluation
- ✓ Professionelle Kompetenz und Verantwortlichkeiten des Hilfspersonals
- ✓ Personalmanagement

Technische Mindeststandards werden für folgende vier Sektoren definiert:

1. Wasser, Hygiene und Abwasser (Water, Sanitation and Hygiene Promotion)
2. Nahrungsmittelhilfe und Ernährungssicherung (Food Security, Nutrition and Food Aid)
3. Notunterkünfte, Ansiedlung und Haushaltsgüter (Shelter, Settlement, and non-food items)
4. Gesundheitsversorgung (health services)

Das Sphere-Handbuch operiert in den drei Verkehrssprachen Englisch, Französisch und Spanisch. Das Handbuch ist unter www.sphereproject.org/handbuch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und kann komplett heruntergeladen werden.

5.2 Querschnittsthemen

In der zurückliegenden Dekade haben entwicklungspolitische Organisationen Themen wie Gender, HIV&AIDS und Konfliktbearbeitung aufgegriffen und diese zu Querschnittsthemen benannt. Diese Themen spielen für jedes Projekt oder Programm, ganz gleich ob dies in der Nothilfe, Rehabilitation oder EZ durchgeführt wird, eine zentrale Rolle. Deren Nichtbeachtung kann den Erfolg von noch so gut geplanten und durchgeführten Vorhaben beeinträchtigen.

HIV&AIDS

Der Zusammenbruch von gesellschaftlichen Strukturen wie dies nach Naturkatastrophen, vor allem aber während und nach einem bewaffneten Konflikt der Fall ist, begünstigen die Ausbreitung des HI-Virus. Dabei sind Menschen, die bereits HIV-infiziert oder an AIDS erkrankt sind, nach einer Katastrophe oder in Kriegs- und Krisensituationen besonders anfällig. Die schlechte Versorgungslage mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser, die Auflösung des Familienverbundes durch Tod und Vertreibung und der Zusammenbruch der Gesundheits- und Sozialsysteme tragen wesentlich dazu bei.

Folgende Aspekte bewirken ein erhöhtes Infektionsrisiko nach einer Naturkatastrophe oder während und nach einem Konflikt:

- ▶ Migrationsbewegungen oder Umsiedlungen gehen einher mit einem Verlust an Einkommen, Unterbringung, Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit (Macht-verlust). Dies begünstigt promiskuitives Verhalten und einen Anstieg an Geschlechtskrankheiten.
- ▶ Präventivmaßnahmen werden oftmals im Bereich der Rehabilitation nicht als prioritär eingestuft. Kondome sind nur selten ausreichend verfügbar.
- ▶ Aufgrund der prekären Versorgungslage sehen sich Frauen und Mädchen zur Prostitution gezwungen, um das Überleben ihrer Familien zu sichern oder sogar Zugang zu Hilfsgütern zu erhalten.
- ▶ Sexueller Missbrauch und Vergewaltigungen nehmen zu oder werden systematisch als Methode der Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.
- ▶ Kinder werden nach einer Katastrophe oder während eines Konfliktes stark vernachlässigt (kein Schulbesuch, keine Aufklärung über HIV&AIDS).
- ▶ Promiskuitives Verhalten von internationalem Personal wie UN-Missionen und Hilfsorganisationen.

Ein direkter Zusammenhang zwischen Krisen und Konflikten und der weiteren Ausbreitung von HIV&AIDS ist offensichtlich. Deshalb muss bei Maßnahmen der Rehabilitation in der Planung und der Durchführung der Projekte und Programme HIV&AIDS systematisch berücksichtigt werden. Praktische Hinweise zur Prävention, zur Minderung der Folgen für die betroffenen Gemeinschaften sowie zur Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der von HIV&AIDS Betroffenen gibt die folgende Checkliste.

▶▶CHECKLISTE

Leitfragen für HIV&AIDS und Rehabilitation

Eine HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung schwächt das Immunsystem der Betroffenen und verändert nicht nur deren Lebensalltag, sondern betrifft die ganze Familie. Die besondere Lebenssituation dieser Menschen muss bei der Planung der Rehabilitationsmaßnahmen bedacht werden. Es sollte vermieden werden, die von HIV&AIDS Betroffenen zu bevorzugen, denn Bevorzugung kann zu Neid und zusätzlicher Ausgrenzung führen, oder sogar zu Konflikten.

Allgemeine Fragen:

- ✓ Wie hoch ist die HIV-Prävalenzrate in der Projektregion?
- ✓ Wurden die Gefahren, sich mit HIV zu infizieren, für die Zielgruppe analysiert?
- ✓ Wurde analysiert, wie sich HIV&AIDS auf die Armut und den Lebensstand der Zielgruppe auswirken?
- ✓ Beinhaltet das Projekt zumindest Maßnahmen zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung bezüglich HIV&AIDS bei der Zielgruppe und beim Projektteam?
- ✓ Sind Maßnahmen geplant, um die Auswirkungen einer HIV-Infektion oder AIDS-Erkrankung abzumildern?
- ✓ Wie wirkt sich HIV&AIDS auf die Erreichung des/der Projektziele aus?

Spezifische Fragen zu Maßnahmen der Rehabilitation:

- ✓ Wurde der erhöhte Kalorien- und Nährstoffbedarf von HIV-Infizierten und an AIDS Erkrankten bedacht? Werden angereicherte Nahrungsmittel verteilt?
- ✓ Ist berücksichtigt worden, dass HIV-Infizierte und AIDS-Erkrankte sich an FfW / CfW-Maßnahmen nicht oder nur eingeschränkt beteiligen können?
- ✓ Gibt es Armutsprostitution, da durch die Notsituation beispielsweise die bescheidenen Einkommensquellen mittel- bis langfristig verloren gegangen sind?
- ✓ Wurden Frauen aktiv bei der Planung von (Sammel)Unterkünften einbezogen?
- ✓ Sind Sammelunterkünfte so konzipiert, dass Frauen und unbegleitete Kinder vor gewalttätigen, sexuellen Übergriffen geschützt sind?
- ✓ Wurde daran gedacht, dass eine bereits begonnene antiretrovirale Behandlung möglichst nicht unterbrochen werden sollte? Diese Gefahr ist in Notsituationen und der sich daran anschließenden Phase des Wiederaufbaus groß.

Gender

Im Bereich der Rehabilitation werden Programme und Projekte oft unter Zeitdruck erarbeitet. Dies hat zur Folge, dass die Geschlechterbeziehungen häufig nicht ausreichend analysiert werden. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass wirksame Hilfe nur dann erfolgen kann, wenn Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männern berücksichtigt werden.

Frauen und Männer sind unterschiedlich von Kriegen und Katastrophen betroffen. Sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen ist Bestandteil eines jeden Krieges, Gewalt an Frauen prägt häufig das Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Situation in der Gesellschaft bestimmt, wer Zugang zu Hilfe findet, wessen Bedürfnisse und Interessen besser wahrgenommen und somit auch berücksichtigt werden und wer am Wiederaufbau beteiligt wird. Frauen sind benachteiligt, da sie meistens einen niedrigeren Bildungsstand und weniger wirtschaftliche Ressourcen haben, im Umgang mit Autoritäten wenig erfahren sind und in manchen Ländern nicht in gleichem Maße am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Eine bewaffnete Auseinandersetzung verändert auch die herkömmlichen Geschlechterrollen. Im Krieg werden die meisten Männer zur Armee eingezogen, sie haben sich der Guerilla angeschlossen oder sind vor Zwangsrekrutierung ins Ausland geflohen. Durch die Abwesenheit vieler Männer müssen die Frauen das Überleben der Familie sichern, was zu einem sprunghaften Anstieg weiblicher Haushaltsvorstände und zu einer Überlastung der Frauen führt. Sie übernehmen im häuslichen Bereich und in der Lohnarbeit Aufgaben, die zuvor den Männern vorbehalten waren. Diese neuen Rollenzuweisungen sind meistens nur von kurzer Dauer und enden in der Regel mit der Rückkehr der männlichen Familienmitglieder.

Grundsätzlich ist vor, während und nach bewaffneten Konflikten ein Anstieg an geschlechtsspezifischer Gewalt festzustellen. Neben der steigenden häuslichen Gewalt werden Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten auch Opfer sexualisierter Gewalt (Vergewaltigungen, sexuelle Ausbeutung). Solche Gewaltakte sind oft Teil einer gezielten Kriegsstrategie, um die Kriegsgegner zu erniedrigen oder sogar auszurotten. Diese Form der Traumatisierung wird zu wenig beachtet und die Betroffenen erhalten nur selten die erforderliche psychologische und medizinische Hilfe.

Von Ausnahmen abgesehen stehen Frauen in einer benachteiligten Machtposition. Deshalb ist es wichtig, bei der Analyse, der Planung und der Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen die in der folgenden Checkliste zusammengestellten Leitfragen zu beachten.

▶▶CHECKLISTE

Leitfragen für Gender und Rehabilitation

In jeder Gesellschaft haben Männer und Frauen unterschiedliche Rollen, wobei Frauen häufig in einer benachteiligten Machtposition stehen. Das ist einer der Gründe, weshalb Männer und Frauen von Katastrophen unterschiedlich betroffen sind. Deshalb ist es wichtig, bei der Analyse, Planung und Durchführung von Maßnahmen der Rehabilitation die folgenden Fragen zu beachten.

Allgemeine Fragen

- ✓ Wie sind Frauen und Männer, Mädchen und Jungen jeweils von der Katastrophe betroffen?
- ✓ Gibt es spezielle Probleme, die aus der Katastrophe für Frauen, Kinder, Männer entstehen (Sicherheit, Schulbesuch, Schutz)?
- ✓ Was bedeutet dies für die Hilfsmaßnahmen (in Bezug auf ihre Bedürfnisse, Zugang zu Hilfe und ihren Beitrag zum Wiederaufbau)?
- ✓ Werden während des Einsatzes Informationen zu geschlechtsspezifischer Gewalt gesammelt?
- ✓ Gibt es für Überlebende sexualisierter und anderer Gewalt Angebote; z. B. Unterstützung bei der Aufarbeitung von Traumata, medizinische Versorgung?
- ✓ Haben Frauen den gleichen Zugang zu Ressourcen oder wird dieser behindert durch deren begrenzte Mobilität, geringeren Bildungsstand, hohe Arbeitsbelastung, etc.?
- ✓ Wie partizipieren Frauen an sozialen, wirtschaftlichen, religiösen und politischen Strukturen?
- ✓ Werden Frauen und ihre Zusammenschlüsse aktiv in die Planung, Organisation und Durchführung von Maßnahmen der Rehabilitation einbezogen und an Entscheidungen (lokal, regional) beteiligt?
- ✓ Sind Frauenorganisationen in die Budgetierung durch die Geberländer explizit einbezogen?
- ✓ Wird die Zielgruppe Männer als Einheit oder differenziert nach ihren unterschiedlichen Bedürfnissen betrachtet?

Spezifische Fragen zur Situation der Frauen

- ✓ Werden die Bedürfnisse von Frauen bezüglich ihrer reproduktiven Gesundheit berücksichtigt (Verhütungsmittel, Hygieneartikel)?
- ✓ Wird kulturell angepasste Kleidung für Frauen zur Verfügung gestellt, damit sie am öffentlichen Leben teilhaben können (Kopfbedeckung)?
- ✓ Gibt es Aufklärung über Krankheiten und Erste Hilfe für Frauen, die für die Pflege von Kranken verantwortlich sind?
- ✓ Birgt der Weg zum Wasser holen und zu den Toiletten erhöhte Gefahren für Frauen und Kinder (Sicherheit- und Schutzmaßnahmen)?
- ✓ Werden die Bedürfnisse von schwangeren und stillenden Frauen, alleinerziehenden, alten oder behinderten Frauen berücksichtigt?

Fragen zum Personaleinsatz

- ✓ Gibt es einen Code of Conduct für Mitarbeiter/-innen, der sexualisierte Gewalt benennt und bestraft?
- ✓ Gibt es Sensibilisierungstrainings zu geschlechtsspezifischer Gewalt und zum Thema Trauma vor dem Einsatz?

Quelle: Gender Consideration in Disaster Assessment by WHO/GWH January 2005

Konfliktsensibilität

Systematische Analysen der Not- und Katastrophenhilfe ergaben, dass die Hilfe missbraucht werden kann und in vielen Fällen direkt oder indirekt zu einem Konflikt beiträgt, indem sie beispielsweise nur einer der Konfliktparteien zugute kommt. Die humanitäre Hilfe läuft Gefahr, instrumentalisiert und manipuliert zu werden und somit ungewollt zur Entstehung, Verschärfung oder Verlängerung von Konflikten beizutragen.

Maßnahmen der Rehabilitation können wegen der relativ kurzen Projektlaufzeiten nur bedingt einen Beitrag zu einer strukturellen Veränderung von Konflikten leisten. Dennoch sollten sie konflikt-sensibel geplant und durchgeführt werden, um bestehendes Konfliktpotenzial nicht zu verschärfen und kein zusätzliches zu schaffen. Viele Organisationen der humanitären Hilfe versuchen, auf die Gefahr vorbeugend durch die Einhaltung von Verhaltenskodizes zu reagieren. Die im Do no harm-Konzept entwickelten Leitfragen helfen, das Gefahrenpotenzial vorbeugend zu analysieren und die gewonnenen Erkenntnisse bereits bei der Planung von Maßnahmen zu berücksichtigen.

In der folgenden Checkliste sind die für Rehabilitationsprojekte wichtigsten Leitfragen zusammengefasst. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Orientierungsrahmen »Konfliktsensibles Handeln in der Auslandsarbeit der DWHH«, der Ansätze und Instrumente im Kontext von Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung darstellt.

Leitfragen für Konfliktsensibilität und Rehabilitation

►►CHECKLISTE

Unabhängig davon, ob Vorhaben nach einer Naturkatastrophe oder in gewaltsamen, von Menschen gemachten Konflikten, stattfinden, sind die Gefahren des Missbrauchs von Hilfsmaßnahmen vergleichbar und bergen immer die Gefahr, ungewollt zur Entstehung und Verschärfung von Konflikten beizutragen. Deshalb ist es wichtig, dass auch Maßnahmen der Rehabilitation konflikt-sensibel geplant und durchgeführt werden. Anhand von Leitfragen kann das Gefahrenpotential vorbeugend analysiert und die daraus gewonnenen Erkenntnisse können somit bereits bei der Planung von Vorhaben berücksichtigt werden.

Verbindende Faktoren

- ✓ Wer oder was sind verbindende Elemente / Personen / Gruppen, die die Konfliktgrenzen überspannen?
- ✓ Welche stellen (zukünftiges) Friedenspotential dar?

Trennende Faktoren

- ✓ Wer oder was sind trennende Elemente / Personen / Gruppen?
- ✓ Wie wirkt die Maßnahme auf potentielle Gewaltquellen?

Verteilungseffekte

- ✓ Wie beeinflusst die Verteilung von Ressourcen die trennenden und verbindenden Faktoren?
- ✓ Wird ausschließlich eine Konfliktpartei / gesellschaftliche Gruppe unterstützt? Welche Auswirkungen hat das?

Markteffekte

- ✓ Wie beeinflusst der Transfer von Ressourcen die lokalen Märkte?
- ✓ Werden durch den Transfer von Waren Wirtschaftszweige zerstört?
- ✓ Werden durch das Angebot von Dienstleistungen gesellschaftliche Gruppen freigesetzt bzw. neue auf den Plan gerufen?
- ✓ Wird eine Gewaltökonomie unterstützt oder eine Friedenswirtschaft?

Subventionseffekte

- ✓ Setzt die Finanzierung von außen lokale Ressourcen frei, die zur Förderung von Gewalt benutzt werden?
- ✓ Welche Auswirkungen haben Subventionierungen? Sind sie alle beabsichtigt?
- ✓ Welche Auswirkungen haben die Substitutionseffekte auf die trennenden und verbindenden Faktoren?

Missbrauchseffekte

- ✓ Können Ressourcen gestohlen, direkt oder indirekt unterschlagen, abgezweigt, zweckentfremdet werden? Durch welche Maßnahmen kann das möglichst verhindert werden?
- ✓ Welche Auswirkungen hat Ressourcenmissbrauch auf die trennenden und verbindenden Faktoren?

Aufrechterhaltung von Gewalt

- ✓ Ist die Hilfe von außen Anreiz, die Gewalt bzw. den Krieg fortzuführen, weil man davon profitiert?

Unbeabsichtigte Wirkungen des eigenen Verhaltens (implizite ethische Botschaften)

- ✓ Werden im Zusammenhang mit dem Lebensstandard / der Lebensführung der Projektmitarbeiter/-innen wie bsp. die private Nutzung des Dienstfahrzeugs implizite ethische Botschaften übermittelt?
- ✓ Werden die lokalen Mitarbeiter/-innen in einen Notfallplan adäquat miteinbezogen (unterschiedliche Wertigkeit von Menschenleben)?

Publizität

- ✓ Schaden Veröffentlichungen den Zielgruppen der Intervention?
- ✓ Wird in der Öffentlichkeitsarbeit mit Bildern und Formulierungen gearbeitet, die die Grausamkeit des Konfliktes und das Leid der Menschen betonen (Viktimisierung und Dämonisierung)?

Katastrophenrisikomanagement

Eine Katastrophe verursacht hohe menschliche, materielle, ökonomische und ökologische Verluste und übersteigt die Fähigkeit der betroffenen Gemeinschaft oder Gesellschaft, diese aus eigener Kraft zu bewältigen. Nicht die Intensität des Naturereignisses wie ein Wirbelsturm ist verantwortlich dafür, ob es zu einer Katastrophe kommt, sondern die Anfälligkeit der Betroffenen (soziale Gruppen, Staaten).

Vor allem die Entwicklungsländer in den Tropen und Subtropen sind von extremen Naturereignissen bedroht, wobei die armen Bevölkerungsschichten mit direkt Existenz gefährdenden Folgen besonders betroffen sind. Weltweit waren in den letzten drei Jahrzehnten 96 Prozent aller Todesopfer von Naturkatastrophen in Entwicklungsländern zu beklagen.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Bewältigung von Naturkatastrophen ist es eine wichtige Aufgabe der internationalen EZ, einen Beitrag zum Katastrophenrisikomanagement zu leisten. Naturkatastrophen bzw. von Menschen mitverursachte Katastrophen können, wenn nicht verhindert, zumindest in ihrer Wirkung abgemildert werden, wenn entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Beim Katastrophenrisikomanagement geht es deshalb darum, das Risikopotential bewusster zu erfassen, um durch Einbeziehung von entsprechenden Vorsorgemaßnahmen vor allem die negativen Auswirkungen von extremen Naturereignissen für die betroffene Bevölkerung zu lindern sowie den Projekterfolg zu sichern.

Katastrophenrisikomanagement als Querschnittsaufgabe bedeutet, bei jedem Projekt und Programm eine Risikoanalyse durchzuführen, d. h. die Bedrohung der Projektregion und die Anfälligkeit der Bevölkerung systematisch zu erfassen. Das Vorhaben ist so zu planen, dass Bedrohung und Anfälligkeit nicht verschärft, wenn möglich sogar reduziert werden.

▶▶CHECKLISTE

Leitfragen für eine Risikoanalyse für das Katastrophenrisikomanagement

Die Ursachen von Katastrophen liegen in der Armut der Bevölkerung, der Besiedlung gefährdeter Gebiete, der Übernutzung natürlicher Ressourcen sowie in unzureichenden Kommunikations- und Verantwortungsstrukturen.

Die Bedrohung der Region, die Anfälligkeit der Bevölkerung und die Rahmenbedingungen systematisch zu erfassen bedeutet beispielsweise, Raum- und Landnutzungspläne zu analysieren. Dadurch soll verhindert werden, dass in gefährdeten Gebieten (Erdbeben, Überschwemmungen) möglichst nicht gesiedelt bzw. wenigstens erdbeben- und flutsicher gebaut wird. Die Maßnahmen müssen von der Bevölkerung vor Ort akzeptiert und anwendbar sein. Daher ist es entscheidend, bei der Planung die Zielbevölkerung von Beginn an einzubeziehen.

- ✓ Ist die Projektregion von extremen Naturereignissen bedroht?
- ✓ Hat es in der Projektregion schon extreme Naturereignisse gegeben wie Überschwemmungen, tropische Wirbelstürme, Erdbeben, Vulkanausbrüche, Dürren, Waldbrände, Hangrutschungen, Schädlinge, andere?
- ✓ Wie haben sich die bisher stattgefundenen extremen Naturereignisse auf die Bevölkerung ausgewirkt?
- ✓ Wie gut ist die Bevölkerung in der Projektregion über potenzielle Gefahren durch extreme Naturereignisse informiert und sensibilisiert?
- ✓ Wie gut ist die Bevölkerung vorbereitet, um auf extreme Naturereignisse angemessen reagieren bzw. sich schützen zu können?
- ✓ In welchen Bereichen ist die Bevölkerung am meisten gefährdet (anfällig) – physisch, sozialpolitisch, menschlich, ökonomisch, ökologisch (Livelihood-Ansatz)?
- ✓ Wie haben staatliche Institutionen bisher auf Katastrophen in der Projektregion reagiert?
- ✓ Sind evtl. Defizite zurückzuführen auf unzureichende Gesetzgebung, mangelnde Umsetzung, etc.?
- ✓ Gibt es in der Projektregion Organisationen, die Katastrophenrisikomanagement durchführen?
- ✓ Wie reagiert die Bevölkerung bisher auf extreme Naturereignisse bzw. trifft Vorsorge (Lagerhaltung, Frühwarnsysteme wie Funkstation, erdbebensichere Bauten, etc.)?
- ✓ Sind Maßnahmen vorgesehen, damit die Bevölkerung/staatliche Institutionen bei extremen Naturereignissen angemessen agieren können?

Für eine Vertiefung der Kenntnisse auf diesem Fachgebiet dient die vom Seminar für ländliche Entwicklung erarbeitete Studie (www.berlinerseminar.de/bs/files/_SLE_Downloads/auslandsprojekte/2006/Nicaragua%20ebook.pdf).

5.3 Instrumente

Abgesehen von der Nahrungsmittelhilfe in Form von FfW, CfW und Warengutscheinen kommen bei Rehabilitationsprojekten dieselben Instrumente zum Einsatz wie in der EZ, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung: Beratung, Aus- und Fortbildung sowie der Zugang zu existierenden Mikrofinanzsystemen. Diese Instrumente werden in dem Maße wichtig, wie sich die Lage stabilisiert.

Nahrungsmittelhilfe

Ob bei der Nahrungsmittelhilfe FfW, die subventionierte Lebensmittelabgabe oder Warengutscheine angewandt werden, ist abhängig von der Situation vor Ort. FfW ist ein besonders geeignetes Instrument, wenn die Menschen sich nicht aus eigener Kraft ernähren können, da es Engpässe beim Nahrungsmittelangebot gibt, und ein Großteil der lokalen Infrastruktur zerstört ist und repariert werden muss. So können Unterkünfte instand gesetzt oder neu errichtet, Straßen und Brücken gebaut, Erosionsschutzmaßnahmen durchgeführt, Anbauflächen geräumt und vorbereitet werden.

In jedem Fall sollte ein bestimmter Anteil von Nahrungsmitteln für die Verteilung an nicht arbeitsfähige Mitglieder der Zielgruppe (Schwangere, Frauen mit Kleinkindern, Behinderte, HIV-Infizierte, etc.) reserviert bleiben. Um einer Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe vorzubeugen, sollte von Anfang an der abgestufte Ausstieg zum frühest möglichen Zeitpunkt eingeplant werden. Dieser sollte nach Zielgruppen differenziert sein.

Warengutscheine (Vouchers)

Warengutscheine oder Wertmarken, die in Krisensituationen an betroffene Menschen vergeben werden, können bei Händlern auf Märkten oder bei Verteilungsstellen gegen Waren eingetauscht werden. Diese fordern die Geldbeträge von Banken oder direkt von den Implementierungsorganisationen zurück. Bisher wurden Warengutscheine vor allem für Saatgut und andere Investitionen im Agrarbereich eingesetzt, aber auch bei Lebensmitteln und Basisgütern.

Warengutscheine werden dann eingesetzt, wenn direkte Geld- oder Warenhilfe nicht angewendet werden sollen, da sie kontraproduktive Auswirkungen hätten. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn in einer Region im Grunde kein Nahrungsmittelmangel herrscht, sondern das eigentliche Problem die fehlende Kaufkraft, der Zugang zu oder die Qualität und Verteilung der Nahrungsmittel ist. Außerdem verhindern Geberauflagen oft die direkte Vergabe von Barmitteln, da eine geeignete Verwendung nur schwer kontrollierbar ist und befürchtet wird, dass das Geld zweckentfremdet werden könnte. Ausschlaggebend für den Einsatz von Warengutscheinen ist der offensichtliche und dringende Bedarf an einer bestimmten Gütergruppe in der Region sowie das Vorhandensein der benötigten Qualität und Menge der Güter.

Insgesamt haben sich Warengutscheine als gute Alternative zu konventioneller Saatgut- oder Lebensmittelverteilung etabliert. Sie haben folgende Vorteile:

- ▶ spezifischere Zielsetzungen können berücksichtigt und negative Auswirkungen auf die lokalen Strukturen wie beispielsweise Märkte vermieden werden;
- ▶ die Präferenzen der Empfänger werden besser berücksichtigt, da sie eine größere Wahlmöglichkeiten haben;
- ▶ den Begünstigten kommt mehr zugute, da keine Transportkosten anfallen;
- ▶ insbesondere Frauen haben einen größeren Spielraum und stärkere Kontrolle über die Haushaltsausgaben, da Warengutscheine im Gegensatz zu Bargeld nur für eine vorher festgelegte Gütergruppe eingesetzt werden können.

Bei der Vergabe von Warengutscheinen sind folgende Punkte zu klären:

- ▶ steht der administrative Aufwand (Kosten für das Drucken, die Verteilung und Einlösung) im angemessenen Verhältnis zu den erhofften Vorteilen?
- ▶ können die Bedürfnisse und Prioritäten der Empfänger von Warengutscheinen exakt definiert werden? Ansonsten besteht die Gefahr, dass Parallelmärkte entstehen und Warengutscheine als zu restriktiv empfunden werden.
- ▶ werden Warengutscheine an nur eine bedürftige Gruppe, z. B. Flüchtlinge, vergeben? Dies könnte Neid schüren und der Diskriminierung Vorschub leisten.

Geldtransfers

Geldströme wie CfW-Maßnahmen, die verschiedenen Angebote im Rahmen der Mikrofinanzsysteme und revolvingende Fonds spielen beim Wiederaufbau eine wichtige Rolle.

CfW-Maßnahmen sind ein Instrument, um die Erhöhung von Kaufkraft und die Erledigung von Gemeinschaftsarbeiten zu verbinden. Den Menschen können das Startkapital für ihre landwirtschaftliche Produktion, den (Neu)Start eines Kleinstgewerbes und die notwendigen Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden, ohne bei den Zielgruppen eine Nehmermentalität zu erzeugen. Die Verteilung von Saatgut als Bezahlung für geleistete Arbeit ist auch möglich. Wie bei FfW ist auch bei CfW darauf zu achten, dass der Arbeitseinsatz nicht mit saisonalem Arbeitsbedarf zum Beispiel in der Landwirtschaft konkurriert, um die lokale Produktion nicht zu beeinträchtigen. Die Unterstützung wirtschaftlicher Aktivitäten fördert nicht nur das zum Teil beschädigte soziale Netz, sondern erleichtert rückkehrenden Flüchtlingen die Integration in die Gemeinschaft.

Zielgruppen fehlt oft der direkte Zugang zu herkömmlichen Krediten. Diese Lücke soll durch Mikrofinanzdienstleistungen geschlossen werden. NRO, die selber keine Kredite anbieten, können folgende begleitende und vermittelnde Aufgaben übernehmen:

- ▶ sich einen Überblick darüber verschaffen, welche Mikrofinanzinstitutionen im Umfeld existieren und welche Angebote diese offerieren;
- ▶ für die Zielgruppen günstige Konditionen aushandeln wie beispielsweise den Zinssatz;
- ▶ Kontakte zwischen den Zielgruppen und den Mikrofinanzinstitutionen herstellen;
- ▶ die Zielgruppen schulen und beraten;
- ▶ für die Zielgruppen Garantiefonds übernehmen.

Für den Einsatz des Instruments der Geldtransfers ist ein Mindestmaß an politischer, wirtschaftlicher und auch sozialer Stabilität Voraussetzung. Dies ist nach Naturkatastrophen eher der Fall als unmittelbar nach gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Beratung, Aus- und Fortbildung

Landwirtschaftliche Beratung und berufliche Aus- und Fortbildung müssen nach Kriegen und Katastrophen oft zunächst improvisiert angeboten werden und finden in der Regel »on the job« statt, ohne zu einem formellen Abschluss zu führen. Wenn sie sich jedoch zur Förderung der Reintegration an junge Erwachsene (bsp. Ex-Kombattanten/-innen) richten, ist es wichtig, möglichst eine Verbindung zur formalen Ausbildung herzustellen. Die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zum Beispiel für demobilisierte Soldaten oder zurückgekehrte Flüchtlinge, ist wichtig, da dies die Integration erleichtert und darauf aufbauend Perspektiven für den Neuanfang entwickelt werden können.

5.4 Finanzierungsmöglichkeiten

Der Bereich Rehabilitation ist insbesondere davon betroffen, dass die engen Vorgaben der Geldgeber oft den inhaltlichen Erfordernissen zuwiderlaufen. Häufig stehen nur Barmittel zur Verfügung, die innerhalb eines Kalenderjahres abfließen müssen. Verpflichtungen der Geber für mittelfristige, das heißt mehrjährige Programme, sind selten. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen besteht zudem die Gefahr, nur noch Maßnahmen zu finanzieren, die schnell vorzeigbare Ergebnisse bringen.

Für die Finanzierung von Wiederaufbau- und Rehabilitationsprojekten stehen der DWHH Eigenmittel aus privaten Spenden und Kofinanzierungen zur Verfügung. In den vergangenen Jahren waren das BMZ, EuropeAid, WEP, USAID/OFDA und die KfW die wichtigsten Kofinanzierungspartner der DWHH für Wiederaufbau- und Rehabilitationsprojekte. Das Auswärtige Amt finanziert neben humanitären Hilfsmaßnahmen Pilotprojekte des Katastrophenrisikomanagements. Zunehmend beteiligen sich die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken über eine Vielzahl von Treuhandfonds an Wiederaufbauvorhaben. Wenn eine längere Vorlaufzeit bis zum Vertragsabschluss in Kauf genommen wird, bieten solche Fonds für die DWHH und ihre Partnerorganisationen interessante Finanzierungsmöglichkeiten. Projekte, die nur mit Eigenmitteln durchgeführt werden, bilden in diesem Arbeitsbereich die Ausnahme, da die Vorhaben ein hohes Finanzvolumen erfordern.

Die Vielfalt der Budgettitel, die unterschiedlichen Richtlinien hinsichtlich der Sektoren, Laufzeiten und Antragsbewilligung sowie die Schwierigkeiten, Gelder umzuwidmen, erschweren die Nutzung dieser Mittel. Die komplizierten und oft langwierigen Antrags- und Bewilligungsverfahren vor allem bei der Europäischen Kommission führen oft zu Verzögerungen beim Beginn und bei der Durchführung der Projekte. Der im Kontiguumkonzept dargelegte und von den Hilfsorganisationen angestrebte Gedanke des flexiblen Einsatzes der Instrumente und Maßnahmen wird durch die oft geradezu künstliche Aufsplitterung der Gelder in stark untergliederte Einzelbudgets durch die Geldgeber konterkariert. Weil das Haushaltsrecht klare, voneinander abgegrenzte Titelbestimmungen fordert, sind die Zuwendungsempfänger gezwungen, ihre Aktivitäten entsprechend den Finanzierungen aufzusplitten. Dadurch entstehende Unterbrechungen im Projektverlauf müssen notfalls durch eigene Mittel ausgeglichen werden. Allerdings sind insbesondere ECHO, EuropeAid und die Generaldirektion Entwicklung der EU in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, sich bei der programmatischen Gestaltung des Übergangs von Nothilfe zu EZ eingehend auszutauschen. Über die Kontaktpflege mit ECHO und der EU-Delegation vor Ort können DWHH und ihre Partnerorganisationen sich an dieser Diskussion beteiligen.

Projekte des Wiederaufbaus und der Rehabilitation haben aufgrund der Vorgaben der Kofinanzierungsgeber selten eine Laufzeit von über einem Jahr. Diese Projekte benötigen jedoch eine mittelfristige Perspektive, um nachhaltige Wirkungen erzielen zu können. Entsprechend haben einige der von der DWHH unterstützten bzw. durchgeführten Projekte aufgrund mehrerer Projektverlängerungen bzw. sich direkt anschließender neuer Projekte eine Laufzeit von mehreren Jahren. Die Schwierigkeit, zumindest mittelfristig planen zu können, wird dadurch nicht beseitigt. Der für komplexe Maßnahmen wie die Neuanlage einer Siedlung, die Erschließung eines Bewässerungsareals oder die Errichtung eines Saatgutvermehrungssystems notwendige Zeitrahmen wird oft nur durch riskantes Jonglieren erreicht. Der Erfolg des ganzen Projektes ist in Frage gestellt, wenn eine der erhofften Finanzierungsquellen die für die Verlängerung notwendigen Geldmittel nicht bewilligt. Die DWHH kann in solchen Fällen in begrenztem Umfang ihre eigenen Finanzmittel einsetzen und dadurch die schlimmsten Schwierigkeiten überbrücken.

6

Herausforderungen für die zukünftige Projektarbeit

Naturkatastrophen und gewaltsam ausgetragene innerstaatliche Konflikte stellen komplexe Not-situationen dar. Diese erfordern von der DWHH und den Partnerorganisationen stetige Professionalisierung und die Beschäftigung mit Themen wie Katastrophenrisikomanagement und psychosoziale Betreuung, die bisher weniger im Blickfeld waren.

Die Reintegration der durch die Wirren des Krieges entwurzelten und zerstreuten Menschen ist vermutlich die größte Herausforderung einer Nachkriegsgesellschaft. Armee und Guerillatruppen werden reduziert oder ganz aufgelöst bzw. demobilisiert und ohne eine zivile Lebensperspektive nach Hause entlassen. Flüchtlinge kehren ohne ausreichende materielle Hilfe in ihre zerstörten Dörfer und Städte zurück. Kriegsversehrte, Minenopfer und Waisen müssen von den verarmten Familien mangels staatlicher Fürsorge mit versorgt werden. Bei ehemaligen Kindersoldaten spielt Friedenserziehung eine wichtige Rolle, um verloren gegangene Aspekte des menschlichen Zusammenlebens neu zu erlernen. In Nachkriegssituationen besteht daher neben dem notwendigen materiellen und institutionellen Wiederaufbaus ein großer Bedarf an psychosozialer Betreuung, der häufig unterschätzt wird.

Die Anforderungen an die Fachkräfte sind hoch. Neben vielfältigen technischen Kenntnissen und Erfahrungen benötigen sie soziale und organisatorische Kompetenzen und müssen in der Lage sein, unter schwierigen Bedingungen zu arbeiten. Die Herausforderung liegt im Aufbau eines Pools geeigneter Fachkräfte.

Im Bereich der Rehabilitation haben es die Hilfsorganisationen zunehmend mit Staaten zu tun, die auseinander brechen und kaum mehr funktionieren. Damit die Projektarbeit erfolgreich und nachhaltig durchgeführt werden kann, gewinnt der Aufbau von Verwaltungsstrukturen, vor allem auf lokaler Ebene, auch für NRO an Bedeutung.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich Organisationen bewegen, die Wiederaufbau leisten, sind schwierig: fragile Staaten, unzureichende Rechtsgrundlagen, rückkehrende Flüchtlinge, demobilisierte Kämpferinnen und Kämpfer. Dieser Kontext erschwert die Klärung von Fragen zu Landrecht, Landnutzung und Wasserrecht. Auch wenn Maßnahmen der Rehabilitation nicht langfristig angelegt sind, so sollte dennoch bereits bei der Planung der Maßnahmen das längerfristige und nachhaltige Management der Nutzung der natürlichen Ressourcen wie zum Beispiel Wasser und Land im Blick sein.

Rehabilitationsprojekte haben eine relativ kurze Laufzeit. Deshalb ist es gerade bei diesen Projekten wichtig, schon bei der Planung entsprechende Wirkungsindikatoren zu formulieren, um vor allem negative Wirkungen zu vermeiden. Entscheidend ist die Auswahl und Anwendung geeigneter Analyse-Methoden.

Die Finanzierungsmodalitäten der Geldgeber entsprechen nicht immer den tatsächlichen Erfordernissen. Die Hilfsorganisationen sind zu verstärkter Lobbyarbeit aufgerufen, um im Verein mit anderen NRO im Sinne der Verwirklichung des LRRD-Ansatzes eine größere Flexibilität der Finanzierungsinstrumente zu erreichen.

7.1 Hinweis zu relevanten Methoden

Auf der Basis des Fachkonzeptes Wirkungsorientierte Evaluation wird derzeit das Arbeitspapier »Wirkungen erzielen – Leitfaden zur Wirkungsorientierung in den Projekten und Programmen der Deutschen Welthungerhilfe« erarbeitet. Dieser Leitfaden ist in einen Theorie- und Praxisteil untergliedert. Im praktischen Teil werden die wichtigsten Methoden zu Planung, Durchführung und M&E mit einem so genannten Methodensteckbrief kurz vorgestellt, in dem beschrieben wird, in welcher Phase des Projektzyklus welche Methode am besten wie eingesetzt und angewandt werden kann.

Ein und dieselbe Methode wird für verschiedene Fachpapiere von Relevanz sein. Deshalb wurden sämtliche Methoden in einem Leitfaden zusammengefasst, um Wiederholungen in den Fachpapieren zu vermeiden. Dieser Methodenleitfaden soll regelmäßig aktualisiert werden und wird als Nachschlagewerk für alle Fachpapiere dienen.

7.2 Literaturhinweise

Anderson, Mary B.: Do no Harm. How aid can support peace or war. London, 1999.

BMZ: Konzept für Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe. Bonn, 2005.

Commission of the European Communities: Linking Relief, Rehabilitation and Development – An assessment. Brüssel, 2001.

Debiel, Tobias (Hg.): Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Bonn, 2002.

Deutsche Welthungerhilfe: Fachkonzept ländliche Entwicklung. Leitlinien für die Förderung von Projekten der ländlichen Entwicklung. Bonn, 2000.

Deutsche Welthungerhilfe: Das Überleben sichern. Nothilfe und Wiederaufbau. Bonn, (ohne Datum).

Deutsche Welthungerhilfe: Positionierungsprozess DWHH. Bonn, 2002.

Deutsche Welthungerhilfe: Orientierungsrahmen Konfliktsensibles Handeln in der Auslandsarbeit, Bonn, Juni 2007.

GTZ: Gender-aware approaches to relief and rehabilitation, Guidelines. Eschborn, 1996.

Harvey, Paul/Campbell, Will/Maxwell, Simon: Rehabilitation in the Greater Horn. Towards a Strategy for CARE. Brighton, 1997.

Kumar, K. (ed.): Rebuilding Societies after Civil War. Boulder/London, 1997.

Matthies, Volker (Hg.): Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen, 1995.

Matthies, Volker: Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen. Opladen, 2000.

OECD/DAC: DAC Taskforce on Conflict, Peace and Development Co-operation. Guidelines on Conflict, Peace and Development Co-operation. Paris, 1997.

Seminar für Ländliche Entwicklung (Hg.): Katastrophenrisikoreduzierung als Prinzip der Ländlichen Entwicklung. Ein Konzept für die Deutsche Welthungerhilfe. Berlin, 2006.

UNDP: Sharing New Ground in Post-Conflict Situations. The Role of UNDP in support of Reintegration Programmes. Evaluation Desk. New York, 2000.

UNHCR: Returnee Aid and Development. Central Evaluation Section. 1994.

UNRISD: Country Reports of the War-Torn Societies Project. Geneva, 1999.

VENRO: Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn, Dezember 2006.

VENRO: Linking relief, rehabilitation and development, Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit, Arbeitspapier Nr. 17. Bonn, 2006.

VOICE and CISP: Linking Relief to Rehabilitation and Development. Rom, 2001.

World Bank: The Role of the World Bank in Post-Conflict Reconstruction. Washington, 1998.

7.3 Bisher erschienene Arbeitspapiere

Fachkonzepte

- ▶ Orientierungsrahmen für die Förderung von Kleinkreditprojekten und Projekten mit Kleinkreditkomponenten, Bonn, September 1998 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)
- ▶ Fachkonzept Ländliche Entwicklung. Leitlinien für die Förderung von Projekten der Ländlichen Entwicklung, Bonn, Juli 2000 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)
- ▶ Fachkonzept Wirkungsorientierte Evaluation der Auslandsarbeit der Deutschen Welthungerhilfe, Bonn, Dezember 2003 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch)
- ▶ Fachkonzept Ernährungssicherung. Leitlinien für die Förderung und Durchführung von Ernährungssicherungsprojekten der Deutschen Welthungerhilfe, Bonn, Mai 2004 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch)
- ▶ Orientierungsrahmen für die Förderung von Kleinprojektefonds, Bonn, September 2001, überarbeitete 2. Auflage, Februar 2005 (erhältlich in Deutsch, Englisch und Französisch)
- ▶ Orientierungsrahmen Partnerschaft für Entwicklung. Die Deutsche Welthungerhilfe und ihre Partner in der Auslandsarbeit, Bonn, Juni 2005 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)
- ▶ Orientierungsrahmen für Aktivitäten im Bereich HIV/AIDS in der Projektarbeit der Deutschen Welthungerhilfe, Bonn, 3. Aufl. Juli 2005 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)
- ▶ Orientierungsrahmen Konfliktsensibles Handeln in der Auslandsarbeit der Deutschen Welthungerhilfe, Bonn, Juni 2007 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)
- ▶ Orientierungsrahmen Rehabilitation in der Auslandsarbeit der Deutschen Welthungerhilfe, 2. Auflage überarbeitet und aktualisiert, Bonn, August 2007 (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)

In Vorbereitung:

- ▶ Orientierungsrahmen Nothilfe
- ▶ Orientierungsrahmen Gender in der Entwicklungszusammenarbeit

Landeskonzepte

- ▶ Landeskonzept Südafrika. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2002–2004, Bonn, Juli 2002 (erhältlich in Deutsch und Englisch)
- ▶ Landeskonzept Madagaskar. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2003–2006, Bonn, November 2003 (erhältlich in Deutsch und Französisch)
- ▶ Landeskonzept Mosambik. Perspektiven für die Entwicklungsarbeit 2003–2006, Bonn, Dezember 2003 (erhältlich in Deutsch und Portugiesisch)
- ▶ Regionalkonzept »Große Seen«, Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2004–2006, Bonn, Dezember 2004 (erhältlich in Deutsch, Englisch und Französisch)
- ▶ Landeskonzept Sudan. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2005–2008, Bonn, April 2005 (erhältlich in Deutsch und Englisch)

- ▶ Landeskonzert Afghanistan. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2005–2008, Bonn, Mai 2005 (erhältlich in Deutsch und Englisch)
- ▶ Landeskonzert Tadschikistan. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2005–2008, Bonn, August 2005 (erhältlich in Deutsch und Englisch)
- ▶ Landeskonzert Mali. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2006–2009, Bonn, Dezember 2005 (erhältlich in Deutsch und Französisch)
- ▶ Landeskonzert Indonesien. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2006–2008, Bonn, Oktober 2006 (erhältlich in Deutsch und Englisch)
- ▶ Landeskonzert Angola. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2006–2008, Bonn, Dezember 2006 (erhältlich in Deutsch und Portugiesisch)
- ▶ Landeskonzert Haiti. Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit 2007–2009, Bonn, Februar 2007 (erhältlich in Deutsch und Französisch)

In Vorbereitung:

- ▶ Landeskonzert Peru
- ▶ Landeskonzert Kuba
- ▶ Landeskonzert Kambodscha
- ▶ Landeskonzert Nicaragua

Sonstige Arbeitspapiere (ab 2003)

- ▶ Nachhaltigkeit von Projektwirkungen. Eine Auswertung von Wirkungsstudien DWHH-geförderter Projekte und Programme, Bonn, Mai 2003 (2. Auflage, Juli 2005)
- ▶ Leitfaden für Personal der Deutschen Welthungerhilfe (Sicherheit bei Auslandseinsätzen – Zusammenarbeit mit militärischen Kräften – Prävention von sexueller Gewalt), Bonn, Juli 2004
- ▶ Förderprogramme für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen. Qualitätskriterien, Best-Practice Beispiele, Freiburg 2004, Mitherausgeber Deutsche Welthungerhilfe (erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch)

In Haiti

- ▶ Agro-Forst-Broschüre (März 2006)
- ▶ Film AAA-Cap über den Integrierten Bewässerungsansatz (19 Min., März 2006)

Die Deutsche Welthungerhilfe

- ▶ steht für parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit;
- ▶ arbeitet unter einem ehrenamtlichen Vorstand und der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten;
- ▶ wurde 1962 gegründet, als die FAO (UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation) zu einer internationalen Kampagne gegen den Hunger aufrief;
- ▶ hat seitdem Menschen in etwa 5.200 Projekten mit insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro geholfen;
- ▶ finanziert ihre Arbeit aus Spenden und erhält öffentliche Zuschüsse z. B. von der EU oder dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung;
- ▶ untersteht der regelmäßigen Kontrolle durch das unabhängige Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI). Erhielt bislang stets das Prüfsiegel für den zuverlässigen und transparenten Einsatz ihrer Spendengelder.

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Welthungerhilfe e. V.

Friedrich-Ebert-Straße 1

53173 Bonn

1. Auflage, 2003

Eva-Maria Bruchhaus, Corinna Kreidler, Mathias Sommer

2. Auflage, überarbeitet und aktualisiert

Projektgruppe: Renate Becker, Georg Dörken, Jürgen Gühr, Mathias Mogge, Margrit Röhm

Verantwortlich:

Margrit Röhm, Fachgruppe Qualitätsmanagement

Mathias Mogge, Fachgruppe Qualitätsmanagement

Titelfoto:

© Lohnes

Ein vom Tsunami zerstörtes Haus in Sengaratoppu, Distrikt Cuddalore, Indien wird von den Bewohnern wieder aufgebaut

Layout: Just in Print, Bonn

Druck: medienHaus Plump GmbH, Rheinbreitbach

August 2007

Nachdruck mit Genehmigung des Herausgebers

»Better development could reduce the need for emergency relief, better relief could contribute to development, and better rehabilitation could ease the transition between the two«.

(Simon Maxwell, Director Overseas Development Institute, ODI)



Deutsche Welthungerhilfe
Friedrich-Ebert-Straße 1
53173 Bonn
Tel. +49 (0)2 28/22 88-0
Fax +49 (0)2 28/22 88-3 33
www.welthungerhilfe.de